

11.03.2024

Hauptausschuss
Klaus Vossemer MdL

Ausschuss für Schule und Bildung
Florian Braun MdL

Einladung

26. Sitzung
des Hauptausschusses
48. Sitzung
des Ausschusses für Schule und Bildung
(öffentlich, **Livestream**)

am Donnerstag, dem 18. April 2024,
13.00 Uhr, Raum E3 A02

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

| |
|---|
| Die Einladung geht nachrichtlich an den Wissenschaftsausschuss und an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend |
|---|

Gemäß § 53 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtags berufen wir die Ausschüsse ein und setze folgende Tagesordnung fest:

Tagesordnung

Selbstverständnis „Demokratie“ – eine Aufgabe, die alle angeht.
Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 18/7196

Stellungnahme 18/1362
Stellungnahme 18/1376
Stellungnahme 18/1406
Stellungnahme 18/1411
Stellungnahme 18/1417
Stellungnahme 18/1419
Stellungnahme 18/1429

weitere Stellungnahmen erwartet

Anhörung von Sachverständigen

gez. Klaus Vossemer
- Vorsitzender -

gez. Florian Braun
- Vorsitzender -

F. d. R.

- 2 -

Frank Schlichting
Ausschussassistent

Anlage
Verteiler

- 3 -

Anhörung von Sachverständigen
des Hauptausschusses
und des Ausschusses für Schule und Bildung

Selbstverständnis „Demokratie“ – eine Aufgabe, die alle angeht.
Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/7196

am Donnerstag, dem 18. April 2024
13.00 bis (max.) 15.30 Uhr, Raum E3 A02, Livestream

Verteiler

Universität Duisburg-Essen
(Campus Duisburg)
Institut für Politikwissenschaft
Professorin Dr. Susanne Pickel
Duisburg

Mehr Demokratie NRW
Achim Wölfel
Landesgeschäftsführer NRW
Köln

Büro für Gesellschafts- und Bildungskonzepte (GeBiKon) Gronau
OSTD a.D. Helmut Seifen
Gronau

Institut für Öffentliches Recht und Politik
Professor Dr. Fabian Wittreck
Leiter des Instituts für Öffentliches Recht und Politik sowie Akademischer Leiter Rechtswissenschaftliche Fakultät

Landeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage NRW
Christian Hüttemeister
Bezirksregierung Arnsberg
Landesstelle Schulpsychologie und Schulpsychologisches Krisenmanagement
Dortmund

Universität Duisburg-Essen
(Campus Duisburg)
Institut für Politikwissenschaft
Professor Dr. Andreas Blätte
Duisburg

Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke (LDB)
Jan Zajic
Dortmund

Landesvorsitzender VBE NRW
Stefan Behlau
Verband Bildung und Erziehung NRW e.V.
Dortmund

Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Ayla Çelik
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Essen

- TOP -

Selbstverständnis „Demokratie“ – eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der
Demokratie in allen Bildungsstätten

05.12.2023

Antrag

der Fraktion der SPD

Selbstverständnis „Demokratie“ – eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten

I. Ausgangslage:

Immer mehr Menschen machen sich Sorgen um unsere Demokratie und haben Angst, dass diese durch radikale und antidemokratische Kräfte bedrängt wird. Die wechselnden Krisen haben viele Menschen verunsichert. Daraus haben sich immer lauter werdende Gruppen gebildet, die nicht einzelne politische Entscheidungen kritisieren, sondern stattdessen den Staat, seine demokratischen Institutionen und den demokratischen Rechtsstaat offen ablehnen. Im Gegensatz dazu ist aber auch bei vielen Menschen das Bewusstsein für den Stellenwert unserer Freiheitsrechte oder der Umgang mit den Grundrechten, das Grundverständnis und die Ausgestaltung unseres demokratischen Rechtsstaats gestiegen.

Zuletzt hat sich aber auch offenbart, dass dieses Grundverständnis keineswegs einheitlich ist. Das zeigen auch die jüngsten Debatten über den Nahostkonflikt.

Die kürzlich veröffentlichte Mitte-Studie 2022/23 der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zu rechts-extremen und demokratiegefährdenden Einstellungen zeigt deutlich auf, dass wir einen Zuwachs antidemokratischer Radikalisierung zu verzeichnen haben. Die These, Demokratie führe eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen, fand bei 30 Prozent der Befragten Zustimmung. Eine Erkenntnis, die uns nicht in Ruhe lassen darf und zugleich ein klarer Handlungsauftrag ist!

NRW ist ein Land, das sich durch eine vielfältige und bunte Mischung der Bevölkerung auszeichnet, denn schon vor hunderten von Jahren fanden hier Menschen aus anderen Orten ihre Heimat. Vielfalt gehört also zur DNA unseres Landes.

Wenn also die jüngsten Ereignisse wie die Corona-Pandemie, der vermehrte Zuzug von Geflüchteten oder der Überfall der Hamas auf Israel in der Öffentlichkeit teils kontrovers diskutiert werden, dann gilt es, unser Grundgesetz als Fundament und gemeinsamen Konsens in den Fokus zu stellen. Dazu gehört auch, dass wir uns nach den Gräueln und der Entmenschlichung in der Nazi-Zeit unverrückbar an die Seite Israels stellen und aufzeigen sowie bekräftigen, dass das Existenzrecht Israels nicht relativierbar ist. Die Gründung des Staates Israel war und ist ein Schutzversprechen. Ein Schutzversprechen gegenüber Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt. Ein Schutzraum nach Jahrhunderten der Verfolgung und besonders nach dem unbeschreiblichen Leid und der unbegreiflichen Zahl an millionenfachem Mord an Juden während des NS-Terrors. Das ist die gemeinsame Verantwortung aus der Geschichte – für alle Menschen, die hier leben.

Aber wo nur eine lückenhafte Kenntnis der tragenden Prinzipien unseres Staates vorhanden ist, kann auch kein Einvernehmen über die individuellen Rechte des Einzelnen und den Rechtsstaat im Allgemeinen erwartet werden. Die Kenntnis und die praktische Anwendung demokratischer Grundprinzipien sind Voraussetzung für ein friedliches und vom Konsens getragenes Zusammenleben. Hierfür trägt der Staat eine Verantwortung. Er muss darauf bestehen, dass antidemokratische Denkmuster und Strömungen entlarvt werden und keinen Raum in der Gesellschaft bekommen – zum Wohle des Staatesystems, aber auch zum Wohle jeder einzelnen Bürgerin und jedes einzelnen Bürgers. Denn in antidemokratischen Verhältnissen verliert jede und jeder.

Hierfür gilt es, so früh wie möglich zu sensibilisieren und zu schulen. Nur, wer um die Gefahren und Nachteile extremer und antidemokratischer sowie ideologischer Haltungen weiß, kann sie rechtzeitig erkennen und sich davon distanzieren. Auf diesem Wege schafft man die nachhaltige Stärkung eines Demokratieverständnisses. Daher ist es dringend erforderlich, landesweit in allen Bildungseinrichtungen Zeit und Raum für demokratiestärkende und -fördernde Inhalte zu schaffen. Wir denken hierbei an Bildungskonzepte, wie zum Beispiel „Klar im Kopf“, welches im Jahr 2016 entworfen und bereits kurze Zeit später in die Lehrpläne der Schulen aufgenommen wurde. Hierbei haben sich seinerzeit der damalige Oberbürgermeister Thomas Geisel zusammen mit dem Stadtdirektor Burkhard Hintzsche, Wilfried Johnen vom Landesverband der jüdischen Gemeinden von Nordrhein, Dr. Dalinc Dereköy vom Kreis der Düsseldorfer Muslime sowie dem Projektentwickler der Jugendberufshilfe, Mike Theisen, zusammengetan und ein Präventionsprojekt gegen die Beeinflussung radikaler Bewegungen (u.a. Pseudo-Salafismus und Rechtsradikalismus) ins Leben gerufen.

Das Ziel war deutlich: Primärprävention (Aufklärung und Vorbeugung) sowie Sekundärprävention (Arbeit mit auffällig gewordenen Jugendlichen).

Programme wie diese sind sehr geeignet, in jedweden Bildungseinrichtungen etabliert zu werden. So sollte bereits in der kindlichen Frühentwicklung demokratisches Miteinander und Pluralismus sowie die Vorteile hieraus für ein geordnetes und faires Miteinander gelehrt und gefördert werden. Gleiches gilt für Grund- und weiterführende Schulen. Auch Hochschulen sollten hiervon nicht ausgenommen werden. Die für alle verbindliche und zeitlich festgelegte Auseinandersetzung mit der Demokratie und all ihrer Facetten sollte es uns wert sein, von zeitlichem Druck, vollen Lehrplänen und fachlichen Spezialisierungen abzurücken und Platz für die Verständigung und Verfestigung unseres demokratischen Grundkonsenses zu schaffen.

Zudem sollten in diesem Zusammenhang Konzepte entwickelt bzw. bestehende Konzepte genutzt werden, Lehrpersonal bei der Umsetzung und Behandlung dieser Thematik zu unterstützen. Es zeigt sich nämlich aktuell auch, dass eine klare und unumstößliche pro-demokratische Haltung an Schulen zum Teil auf sehr großem Widerstand stößt. Hier bedarf es einer besonderen Schulung und Stärkung des betroffenen Lehrpersonals.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Angesichts von Antisemitismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die wachsenden Zuspruch erfahren, ist eine allgemeine Versicherung unserer Grundwerte dringend erforderlich.
- Die immer größer werdenden Entfremdung der Mitte von der Demokratie bedarf eines sofortigen und entschiedenen Gegensteuerns.
- Bei der Stärkung unserer Demokratie ist politische Bildung unverzichtbar.
- Nur wer unsere Grundwerte kennt, kann sie auch leben.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- Aufgrund der wachsenden Gefährdungen unserer Demokratie Maßnahmen zur Demokratieförderung in den Mittelpunkt und die erforderlichen Finanzen dafür zur Verfügung zu stellen.
- In den besonders in der Verantwortung stehenden Bildungseinrichtungen als Leuchtturmprojekt jeweils eine Woche der Demokratie auszuloben.
- Zur Umsetzung der Woche der Demokratie das Lehrpersonal der einzelnen Bildungseinrichtungen entsprechend anzuleiten und für aufkommende Konflikte zu schulen.
- Im Hinblick auf die Ergebnisse der Mitte-Studie 2022/2023, die existierende Maßnahmen zur Bekämpfung von rechtsextremer und demokratiefeindlicher Einstellungen zu verstärken und verstetigen.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Elisabeth Müller-Witt
Sven Wolf

und Fraktion

Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke

c/o Heinz-Kühn-Bildungswerk

Jan Zajic

Brüderweg 10-12, 44135 Dortmund

Tel.: 0231 22201823

E-Mail: j.zajic@hkb-nrw.de

An den Präsidenten

des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Referat I.A.2 Fachausschüsse,

vom Parlament eingesetzte Gremien

Landtag Nordrhein-Westfalen

Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

| |
|--|
| LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 18. WAHLPERIODE STELLUNGNAHME 18/1362 Alle Abgeordneten |
|--|

Dortmund, den 21.03.24

Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke NRW (LDB NRW) zur Anhörung des Hauptausschusses am 18.04.2024: „Selbstverständnis Demokratie – eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten“

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 18/7196

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

sehr geehrter Herr Vorsitzende,

sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

im Namen der Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke (LDB) bedanke ich mich für die eingeräumte Möglichkeit, zum o.g. Antrag der Fraktion der SPD Stellung nehmen zu können. Dies mache ich in der hiermit übersandten schriftlichen Stellungnahme und gerne auch mündlich in der öffentlichen Anhörung des HFA am 18.04.2024.

Gleich zu Beginn sei gesagt: der vorliegende Antrag zielt in die richtige Richtung. Investitionen in Bildung sind immer zugleich nachhaltige Investitionen in die Zukunft. Diese allgemein gültige Aussage führt bei einem jeden einzelnen Kind/Jugendlichen, jeder pädagogischen Fachkraft, aber auch gesamtgesellschaftlich zu den erwünschten Ergebnissen, wenn folgende Ausgangslage beachtet und daraus resultierend passgenaue Voraussetzungen geschaffen werden.

Die zentrale Frage ist die folgende: **„Inwieweit sind Kinder/Jugendliche, die SuS (= Schülerinnen und Schüler) auf ihre (zukünftige) Rolle als BürgerInnen einer Demokratie vorbereitet?“** Klar ist: Kinder und Jugendliche müssen unabhängig von ihrem sozialen Status oder ihrer Herkunft die Möglichkeit erhalten, eine umfassende Demokratiekompetenz zu erwerben, denn dies ist ein wesentlicher Beitrag zur Chancengleichheit. Also stellt sich die Frage: Wie erreichen wir Kinder und Jugendliche, wie begeistern wir sie für Demokratie & Engagement für die Gesellschaft? Es ist wichtig nicht nur diejenigen zu erreichen, in deren Elternhaus Demokratie & Engagement bereits einen hohen Stellenwert einnehmen.

Die International Civic and Citizenship Education Study von 2016 (Abs, Laudenberg, 2017) verglich das politische Wissen und Argumentieren von SchülerInnen im internationalen Vergleich. In Nordrhein-Westfalen können 7% der SuS der Basisstufe, 23% der Kompetenzstufe I, 39% der Kompetenzstufe II und 31% der Kompetenzstufe III zugeordnet werden. In Dänemark, Taiwan und Finnland erreichen dagegen doppelt so viele SuS die höchste Kompetenzstufe. Die höchste Kompetenzstufe erreichen also SuS in Nordrhein-Westfalen deutlich seltener als SuS im europäischen Vergleich. Disparitäten zeigen sich für SuS an Nicht-Gymnasien, aus Familien mit geringerem kulturellem Kapital sowie mit Migrationshintergrund.

Die Ergebnisse für Nordrhein-Westfalen sind schon deshalb relevant, weil sie eine Leistungsfähigkeit des Bildungssystems zeigen, die im Bereich des politischen Wissens dem unteren Drittel der betrachteten Länder in Europa zuzuordnen ist. Fakt ist: Demokratiewochen wären also ein wichtiger Baustein, um Wissens-, Kompetenz- und Engagementlücken zu schließen.

Demokratiebildung, die Grundlagen des Wirkens eines jeden Einzelnen in der Gesellschaft beginnt nicht erst mit der Einschulung, sondern bereits im Kindergarten. Schon hier werden wichtige Grundlagen für die Zukunft gelegt.

Als ein Beispiel von Heranführen an Demokratiebildung im Kindesalter dient das Modellprojekt „**Demokratieprofis in Ausbildung! Politische Bildung mit Kindern**“ im Alter von 6-12 Jahren, koordiniert durch den Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB e.V.). Kinder verfügen in diesem Alter über ausreichende Sprachkenntnisse, soziale Kompetenzen und Denkfähigkeiten, um sich intensiv mit sozialen Situationen auseinanderzusetzen. Sie können über den Austausch mit Kindern anderen familiären, kulturellen und/oder ethnischen Hintergrundes unterschiedliche Regeln- und Normvorstellungen kennenlernen und diese reflektieren; Interessen, Meinungen und Wissen austauschen, um den eigenen Horizont zu erweitern und eigene Positionen zu hinterfragen; Interesse für politische Fragen wecken. Es geht hier weniger um die Vermittlung von „Wissen über“, sondern vielmehr um das Einüben sozialen Handelns, das mit den Grundprinzipien demokratischen Bewusstseins übereinstimmt. Diese Erfahrungen sind die Grundlage, auf der abstraktes Wissen über Politik und Gesellschaft verinnerlicht werden kann.

In mehrtägigen Seminaren werden den Kindern Möglichkeiten aufgezeigt, in ihrem eigenen Sozialraum partizipativ Veränderungen anzustoßen. Dazu finden Erkundungen statt, in denen die Kinder sich intensiv mit ihrer alltäglichen Umgebung, z.B. ihrem Schulweg, auseinandersetzen und gemeinsam Ideen entwickeln, wie diese kindgerechter gestaltet werden können. Die Kinder stellen ihre Ergebnisse politischen EntscheidungsträgerInnen wie Schulleitungen und LokalpolitikerInnen vor, wodurch ihren Anliegen unmittelbar Gehör gegeben wird. EntscheidungsträgerInnen sollen diese Ergebnisse als Aufträge verstehen, damit die Kinder Veränderungen bewirken und so Selbstwirksamkeitserfahrungen machen.

An der **Grundschule** lernen Kinder mit dem thematischen Schwerpunkt der Kinderrechte Herangehensweisen kennen, um sich an ihren Schulen einbringen zu können, erproben demokratische Aushandlungsprozesse und lernen ihre Rechte als Kinder und SchülerInnen kennen. Diese Maßnahmen tragen zusammen dazu bei, Mitbestimmungsmöglichkeiten im schulischen Kontext zu stärken.

Die Themenbereiche Antisemitismus, Flucht und Migration, Vielfalt und Ausgrenzung sowie das demokratische Zusammenleben sind bereits im Grundschulalter vermittelbar: methodisch orientieren sich die Angebote an einem biografischen Zugang. Durch die Auseinandersetzung mit historischen Biografien von Kindern in ihrem Alter werden diese Lebenswege mit der eigenen Biografie in Bezug gesetzt. Eine Annäherung an das Thema erfolgt zudem über alltagsbezogene Details.

Genauso kann an **weiterführenden Schulen & Berufskollegs** in diesen Demokratiewochen eine große Spannweite von möglichen Themen behandelt werden, welche das Interesse für Demokratie steigern. Sie zeigen Möglichkeiten auf, sensibilisieren bezüglich der Gefahr einer Aushöhlung der Demokratie (z.B. wegen eines geringen oder nicht vorhandenen Sich-Einbringens) und begeistern mittels positiver Beispiele der eigenen Selbstwirksamkeit: Dies ist gestaltbar durch bspw. Gespräche mit Zeitzeugen/Zweitzeugen, Projekte wie Erstwahlprofis, in die Tiefe und Breite vorbereitete Gespräche mit ehrenamtlich Engagierten in der Gemeinde, Einheiten zur Förderung der

Medienkompetenz/Recherchefähigkeit/Urteils- und Beurteilungsfähigkeit, Erlernen von Strategien im Umgang mit rechtspopulistischen/rechtsextremen/menschenfeindlichen Aussagen.

Entscheidend ist jedoch, dass die Kinder und Jugendlichen viele Konzepte der Demokratiepädagogik nicht nur theoretisch erlernen, sondern diese auch in ihrem Alltag anwenden können. Kinder und Jugendliche benötigen die Erfahrung der **Selbstwirksamkeit**, dass sie durch ihr eigenes Tun etwas bewegen können. Demokratie muss erfahrbar sein! Politische Bildung bedarf einer intensiven Auseinandersetzung mit Selbstwirksamkeit, um für die Teilnahme an unterschiedlichen Facetten des sozialen und politischen Lebens zu motivieren und eine Widerstandsfähigkeit gegenüber autoritären Ideologien zu entwickeln.

Eine wichtige Erkenntnis liegt darin, den Fokus der Demokratiewochen nicht nur auf die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen zu legen, sondern auch gezielt **Angebote für pädagogische Fachkräfte** anzubieten, denn: eine weitere zentrale Voraussetzung für einen Erfolg von Demokratiewochen stellt die Qualifizierung von pädagogischen Fachkräften dar. Mangelnde Kenntnisse der Demokratiepädagogik, häufig fachfremder Unterricht von Geschichte/Politik oder ein veralteter Wissensstand (bspw. über strukturelle Diskriminierung, Rassismus, Klassismus; über eine Analyse der Situation im Gaza-Streifen etc.) und nicht mehr zeitgemäße Anwendung von Methoden der politischen Bildung (bspw. für TikTok oder Instagram sind andere Formen der Demokratiebildung notwendig, um nicht am Empfänger vorbeizureden) führen zu einer Überforderung des pädagogischen Personals, einer nicht ausgeprägten Bereitschaft sich in den Demokratiewochen überdurchschnittlich zu engagieren oder zu eines methodischen Nicht-Ereichens/eines veralteten Informationsstands über die Lebensrealitäten der Kinder und Jugendlichen. Denn: Lehrkräfte berichten laut ICCS 2022-Studie im Vergleich zu internationalen Ergebnissen besonders selten, digitale Technologien in den Unterricht einzubinden. Nur etwa 8% der Lehrkräfte in NRW führen mindestens einmal im Monat Angebote zur Unterstützung von Online-Diskussionen zu politischen und sozialen Fragen durch.

Es sind gerade in den Schulformen Haupt-, Real- und Gesamtschule fachlich ausgebildete Politiklehrkräfte von Nöten, damit SuS mit einem häufiger bildungsfernen Hintergrund nicht systematisch benachteiligt werden, wenn es um die Herausbildung von Kompetenzen geht, die für eine (spätere) Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen notwendig sind. Es zeigt sich also deutlich, dass einschlägig ausgebildete Lehrkräfte eher bereit sind, den Unterricht interaktiv und diskursiv zu führen.

Hier können die außerschulischen Einrichtungen der politischen Bildung eine entscheidende Hilfestellung anbieten: **außerschulische Einrichtungen der politischen Bildung**, anerkannt durch das Land Nordrhein-Westfalen und zu einer regelmäßigen Zertifizierung wichtiger Qualitätsmerkmale ihrer Arbeit verpflichtet, führen bereits seit Jahren Seminare für pädagogisches Fachpersonal von Kindergärten über Grundschulen und weiterführende Schulen bis zu Berufskollegs durch. Schließlich sind bei anerkannten Einrichtungen der politischen Bildung Seminare mit der Kernfeldzuordnung „Lebendige Demokratie – Partizipation – Medienkompetenz“ die mit Abstand am häufigsten durchgeführten.

Diese hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeitenden verfügen nicht nur qua Studium&Ausbildung, langjährigen Fort- und Weiterbildungen, intensivem Austausch mit Netzwerkpartnern sowie einer hohen Anzahl von selbst durchgeführten Seminaren der politischen Weiterbildung über eine breite, tiefe und hochaktuelle Expertise. Die Bildungsstätten/Schulen dürfen nicht alleine gelassen werden,

sondern müssen von ExpertInnen aus dem Bereich der außerschulischen Weiterbildung im Prozess des Erwerbs von aktuellem Wissen & der Gestaltung von für die Kinder & Jugendlichen attraktiven und outcome-orientierten Unterrichtseinheiten unterstützt werden. Die Einführung einer Demokratiewoche darf nicht als eine zusätzliche Belastung für das schulische Lehrpersonal, sondern muss als eine Chance und Gewinn für alle wahrgenommen werden.

Eine Schulung / eine Seminare durchführung **außerhalb des gewohnten Lernumfelds** und/oder unter Leitung von außerschulischen ExpertInnen der politischen Bildung führt nachweislich dazu, dass die Bereitschaft von Kindern und Jugendlichen zu einer aktiven Teilnahme steigt und dadurch höhere Erfolge erreicht werden können. Die außerschulischen politischen Bildungseinrichtungen stehen mit all ihrer Expertise zur Verfügung, wenn es sich um die a) Seminare durchführung für Lehrkräfte handelt, um deren Sattelfestigkeit in der Methodenvielfalt zu erhöhen; b) Räumlichkeiten und ExpertInnen zur Verfügung zu stellen, so dass die Kurse/Seminare an außerschulischen Lernorten stattfinden – dieses Setting mit up to date-Inhalten, innovativen Methoden, erfahrenen PädagogInnen und unbekanntem, noch nicht mit negativen Erfahrungen behafteten Lernorten führen zu Neugierde unter den Kindern und Jugendlichen und einer erhöhten Bereitschaft aktiv mitzumachen.

Eine **einheitliche Demokratiewoche** an allen Bildungsstätten hätte sicherlich eine außerordentliche Wahrnehmung, welche nicht zu übersehen wäre: „Seht, alle Kitas, alle Schulen, alle Berufskollegs tun diese Woche was für die Demokratie!“ Ein starkes, ein sehr positives Signal. Gleichwohl ist die Frage zu stellen, ob so eine einheitliche, von oben mit einem konkreten Datum vorgegebene Demokratiewoche praktikabel wäre. Zum ersten wäre der Zweifel angebracht, ob dies mit den Realitäten und kalendarischen Planungen anderer (Pflicht)aktivitäten kompatibel wäre oder eine den Bildungsstätten selbst überlassene zeitliche Definierung der Demokratiewochen zielführender wäre. Zweitens muss angesichts der klaren Empfehlung einer Zusammenarbeit mit Einrichtung der außerschulischen politischen Bildung darauf hingewiesen werden, dass deren personellen und räumlichen Kapazitäten begrenzt sind und dadurch möglicherweise Anfragen auch abgelehnt werden könnten.

Demokratiewochen braucht es das ganze Jahr über. Die Kapazitäten der TrainerInnen, Bildungseinrichtungen, PolitikerInnen und Jugendherbergen sind begrenzt – alle Aktivitäten aller Bildungseinrichtungen in einer Woche zu bündeln ist unpraktikabel und führt zu Konkurrenzen und Enttäuschungen. Eventuell sinkt sogar die Qualität der Maßnahmen. Daher empfehlen wir die konsequente Ausweitung der Regelförderung, der zusätzlichen Projektförderung und gute Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit Weiterbildungsbudget das ganze Jahr über. So können flexibel gute, nachhaltige und tiefergehende Prozesse und Angebote gemacht werden. Die Ergebnisse dieser Aktivitäten könnten die Bildungseinrichtungen im ganzen Land an einem Projekttag in der Woche der Demokratie präsentieren. Das sichtbare öffentliche Zeichen wäre so gegeben und der Transfer guter Ansätze bekäme eine Plattform. Man könnte diese Woche zudem medial begleiten und so zu einer Art Kulminationspunkt der Demokratiebildung machen.

Die LDB (Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke NRW) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme und bittet den Ausschuss um Berücksichtigung unserer Argumente und Anregungen.

Mit freundlichen Grüßen,



Jan Zajic

Vorsitzender der LDB

Ansprechpartner:

Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke (LDB)

c/o Heinz-Kühn-Bildungswerk

Jan Zajic

Brüderweg 10-12

44135 Dortmund

j.zajic@hkb-nrw.de

Die Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke ist der Zusammenschluss von anerkannten Trägern politischer Bildung in NRW, die den Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet sind. Alle Mitgliedseinrichtungen sind nach dem Weiterbildungsgesetz NRW (WbG) anerkannt.

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18 WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
18/1376**

Alle Abgeordneten



Achim Wölfel
Landesgeschäftsführer NRW
0221 669 665 13
achim.woelfel@mehr-demokratie.de

04.04.2024

Stellungnahme von Mehr Demokratie e.V. zum Antrag der Fraktion der SPD

Selbstverständnis „Demokratie“ – eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten, Drucksache 18/7196. Für die Anhörung des Hauptausschusses am 18. April 2024 um 13:00 Uhr.

Mehr Demokratie e.V. bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum vorliegenden Antrag.

Zentrale Ergebnisse der Mitte-Studie 2022/23 der Friedrich Ebert Stiftung lassen sich kaum anders als mit Sorge um unsere Demokratie interpretieren. Rechtsextreme Überzeugungen in der Bevölkerung nehmen zu, das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen und deren Funktionsfähigkeit sinkt. Hinzu kommt, dass etwa der Krieg in Israel und Gaza und damit verbundene potenzielle Auswirkungen auf hiesige Einstellungen in den Daten der Mitte-Studie zeitlich noch gar nicht berücksichtigt werden konnten. Kurzum: Demokratische Werte und Prinzipien stehen zunehmend unter Druck und es stellt sich die Frage, wie damit umgegangen wird.

Vor diesem Hintergrund ist der Antrag der SPD-Fraktion und das darin vorgebrachte Anliegen – eine Stärkung und Verstetigung von Demokratie-Bildungsmaßnahmen als Reaktion auf diese Entwicklungen – aus unserer Sicht sehr zu begrüßen.

Demokratien erschöpfen sich nicht in ihrer bloßen formalen Existenz, sie leben von den Menschen, die sie gestalten. Nach unserer Überzeugung werden Menschen dadurch zu Demokratinnen und Demokraten, dass sie demokratische Erlebnisse und damit demokratische Erfahrung sammeln. Wir wissen aus der Forschung, dass diese staatsbürgerliche Sozialisation umso nachhaltiger ist, desto früher sie beginnt. Wer einmal gewählt hat, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder wählen, wer sich einmal politisch eingebracht hat, wird das mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder tun.

Unter anderem deshalb ist es übrigens auch so sinnvoll, dass die aktuelle Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre festgehalten hat! Klar ist aber auch, nur mit dem legislativen Schritt einer Wahlalterabsenkung ist es nicht getan. Aus diesem erwächst die politische Verantwortung, junge Menschen frühzeitig und umfassend auf ihr Wahlrecht vorzubereiten. Wir verstehen den vorliegenden Antrag demzufolge auch als wichtigen Impuls und Einladung an alle anderen Fraktionen, die sich für eine Ausweitung des Wahlrechts aussprechen, gemeinsam diese Verantwortung zu übernehmen und parteiübergreifend an zielgruppengerechten Konzepten sowie Formaten bei der Begleitung dieses Vorhabens zu arbeiten. Das gilt insbesondere mit Blick auf die kommende Landtagswahl.

Den im Antrag formulierten Vorschlag einer verbindlichen Woche der Demokratie in allen Bildungseinrichtungen des Landes halten wir für einen adäquaten und sinnvollen Ansatz, politische Bildung zu stärken. Einerseits sorgt eine landesweite Vorgabe dafür, dass wirklich flächendeckend für jede und jeden Demokratie-Bildung stattfindet. Viel zu häufig hängt diese nämlich nach wie vor von besonders engagierten Lehrkräften ab und variiert stark von Schule zu Schule bzw. Einrichtung zu Einrichtung. Andererseits erlaubt es ein offener und in hohem Maße anpassbarer Rahmen für die Projektwoche, dass flexibel auf die Gegebenheiten und Bedürfnisse der jeweiligen Einrichtung eingegangen werden kann. Darauf sollte deshalb auch unbedingt bei der Umsetzung geachtet werden. Hinzu kommt, dass eine einwöchige Projektwoche keinen zusätzlichen Lehrplandruck erzeugt, was den meisten Schulen sicherlich entgegenkommen dürfte.

Besonders wichtig ist aus unserer Sicht, dass das Lehrpersonal umfassend auf eine solche Woche der Demokratie oder etwaige andere Maßnahmen zur Demokratie-Bildung vorbereitet wird. Schon heute sind die Anforderungen an Lehrpersonal quer durch die unterschiedlichen Bildungseinrichtungen immens und nehmen tendenziell eher noch zu. Lehrpersonal darf deshalb mit dieser wichtigen Aufgabe nicht allein gelassen werden und darauf wird richtigerweise im Antrag hingewiesen. Für Trainings des Lehrpersonals sowie die Entwicklung von Konzepten, Formaten und Unterrichtsmaterial müssen entsprechend finanzielle Mittel und Personal zur Verfügung gestellt werden.

Empfehlenswert ist, dass die Zivilgesellschaft aktiv mit einbezogen wird bei der Entwicklung von Schulungs- und Unterrichtsmaterial. So wird bspw. in Bayern derzeit an einer sogenannten Verfassungsviertelstunde gearbeitet, die im Koalitionsvertrag von CSU und Freien Wählern stand. Einmal wöchentlich soll in allen Bildungseinrichtungen eine Viertelstunde der Demokratie-Bildung gewidmet werden. Im Fokus soll dabei die praktische Anwendung von Demokratie stehen. Gerade bei solchen Formaten sind Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, „aus der Praxis“, sicherlich besonders gut geeignet, um jungen Menschen Demokratie näher zu bringen.

Schließlich – und in dieser Hinsicht könnte der Antrag ggfs. noch ergänzt werden – empfehlen wir eine umfassende wissenschaftliche Evaluation zur Wirksamkeit einzelner Maßnahmen zur Stärkung und Verstetigung von Demokratie-Bildung in den verschiedenen Bildungseinrichtungen. Dies würde dem Umstand Rechnung tragen, dass viele Konzepte in diesem Bereich noch in den Kinderschuhen stecken bzw. erst erprobt werden müssen. Eine wissenschaftliche Auswertung würde langfristig zur Qualitätssicherung entsprechender Maßnahmen beitragen.

Gronau 10.04.2024

Stellungnahme zum Antrag der SPD-Fraktion des Landtags NRW mit der Drs. 18/7196:

„Selbstverständnis ‚Demokratie‘ – eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten.“

Die Sorgen um den Bestand und den Erhalt der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland durchziehen in den letzten Jahren mit zunehmender Vehemenz zahlreiche Veröffentlichungen in Presse, Zeitschriften und Büchern, in öffentlichen Diskussionsrunden und in den Wortmeldungen auf den verschiedenen Internetportalen. Sprunghaft zugenommen und sich ausgeweitet auf breite Bevölkerungsteile hat diese sorgenvolle Stimmung besonders während der bisher unvorstellbaren Grundrechtseinschränkungen durch die Bundesregierung und die Landesregierungen in der Zeit von März 2020 bis März 2023.

Unter dem Vorwand, eine Pandemiesituation bekämpfen zu müssen, um damit Todesfälle in Millionenhöhe¹ und die Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden, wurden unter anderem Schulen, Gaststätten, Theater, Freizeitparks, Spielplätze, Sportstätten, Kultureinrichtungen und Kirchen für eine lange Zeit geschlossen². In den Krankenhäusern wurden dringend notwendige Behandlungen verschoben und notwendige Untersuchungen nicht durchgeführt, um angeblich Plätze für Covid-19-Erkrankte zu sichern. Verbunden wurden diese Schließungsmaßnahmen mit Besuchsverboten von Freundes- und Familienkreisen sowie von Patienten in Krankenhäusern und Angehörigen in Alten- und Pflegeheimen. Gleichzeitig wurde das Tragen von Masken im öffentlichen Raum vorgeschrieben sowie das anlasslose Testen mit dem PCR-Test für die Teilhabe an öffentlichen Veranstaltungen oder für die Ausübung beruflicher Tätigkeiten.

¹ Im Strategiepapier des Innenministeriums (Kerberpapier) entwerfen die Experten drei Szenarien zur Verbreitung des Coronavirus, inklusive der jeweils zu erwartenden Todeszahlen: den „worst case“ (mit einer Million Todesfällen in Deutschland im Jahr 2020), das Szenario „Dehnung“ (220.000 Tote) sowie „Hammer and Dance“ (12.000 Tote)

https://ichbinanderemeinung.de/internes-papier-des-bmi/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_campaign=lothar%40hirneise.de&fbclid=IwAR1-v9XsbEVaV1sMin_Csd8onrZspOvUauTl8YT2x1jF2ZK_NdErheXJuR8

² <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus/chronik-coronavirus>

All diese Maßnahmen verursachten große wirtschaftliche Schäden für die deutsche Wirtschaft insgesamt und zerstörten zahlreiche wirtschaftliche Existenzen. Sie führten zu traumatisierenden Erlebnissen und zu unmenschlichen Situationen bei Millionen von Bundesbürgern. Beispielfhaft seien nur die Qualen der Millionen Schüler erwähnt,
25 die zum Teil über sechs Stunden lang ihr Gesicht hinter einer Maske verbergen mussten und deren kardiopulmonales System über Monate hinweg einer großen Belastung ausgesetzt war. Empörend auch die Tatsache, dass Sterbende ohne den Beistand ihrer Angehörigen aus dem Leben schieden in aller bedrückenden Einsamkeit, die ihnen die Landesregierungen vorschrieb und die durch willige und eilfertige Vollstrecker in
30 Heimleitung und Krankenhausleitung kompromisslos durchgesetzt wurde.

Schon damals, seit April 2020, regte sich massiver Widerspruch zu den von den Regierungen angeordneten massiven Grundrechtseinschränkungen. Beispielfhaft zu nennen wäre hier das Gutachten zur Risikoeinschätzung aus dem Innenministerium von April, Mai 2020, das ein Oberregierungsrat mit Unterstützung zahlreicher Fachleute angefertigt und an die entsprechenden Ministerien weitergeleitet hatte. Das Fazit dieses Gutachtens lautete: *„Die beobachtbaren Wirkungen und Auswirkungen von COVID-19 lassen keine ausreichende Evidenz dafür erkennen, dass es sich – bezogen auf die gesundheitlichen Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft – um mehr als um einen Fehlalarm handelt. Durch den neuen Virus bestand vermutlich zu keinem Zeitpunkt eine über das Normalmaß hinausgehende Gefahr für die Bevölkerung (Vergleichsgröße ist das übliche Sterbegeschehen in DEU). ... Die Gefährlichkeit von Covid-19 wurde überschätzt. (innerhalb eines Vierteljahres weltweit nicht mehr als 250.000 Todesfälle mit Covid-19, gegenüber 1,5 Mio. Toten während der Influenzawelle 2017/18)... Dieses Analyseergebnis ist von KM 4 auf wissenschaftliche Plausibilität überprüft worden und widerspricht im Wesentlichen nicht den vom RKI vorgelegten
40 Daten und Risikobewertungen.“³*

Darüber hinaus meldeten sich zur selben Zeit zahlreiche Virologen und Epidemiologen aus dem In- und Ausland zu Wort, welche den in den Medien beschriebenen Angstszenerarien widersprachen und die von den Regierungen getroffenen Maßnahmen als unverhältnismäßig scharf kritisierten. Mit der am 04. Oktober 2020 von den
50 Erstunterzeichnern herausgegebenen Great Barrington Declaration⁴, später dann von tausenden hochrangigen Mediziner, Virologen, Epidemiologen und Fachärzten aller Fachrichtungen unterzeichnet, wurden die Regierungen aller Länder davor gewarnt,

³ <https://www.tichyseinblick.de/daily-es-sentials/exklusiv-auf-te-ein-vorwurf-koennte-lauten-der-staat-hat-sich-in-der-coronakrise-als-einer-der-groessten-fake-news-produzenten-erwiesen/>

Auswertungsbericht des Referats KM 4 (BMI) Coronakrise 2020 aus Sicht des Schutzes Kritischer Infrastrukturen Auswertung der bisherigen Bewältigungsstrategie und Handlungsempfehlungen KM 4 – 51000/29 #2 25. April 2020/ 7. Mai 2020 Version: 2.0.1

https://ichbinanderermeinung.de/internes-papier-des-bmi/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_campaign=lothar%40hirneise.de&fbclid=IwAR1-v9XsbEVaV1sMin_Csd8onrZspOvUauTl8YT2x1jF2ZK_NdErheXJuR8

⁴ <https://gbdeclaration.org/die-great-barrington-declaration/>

die massiven Grundrechtseinschränkungen aufrecht zu erhalten, da letztere zu schweren wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und gesundheitlichen Schäden führen würden.

55 Anzuführen wären noch Eingaben von Ärzteverbänden und Ärzten an die Ministerien, die schädlichen und nutzlosen Grundrechtseinschränkungen aufzuheben. Am 19. September 2021 veröffentlichte Jesse Smith auf der Seite „Truth Unmuted“ seine Widerlegung der herkömmlichen Falschinformationen zur Covid-19-Erkrankung „Destroying the Narrative: 40 Reasons Why a COVID-19 Pandemic Never Existed“⁵.

60 Aufgrund dieser Fachexpertisen, die im Internet einzusehen waren, aufgrund einer offenkundigen Absurdität der Verordnungen sowie ihrer Widersprüchlichkeit kamen immer mehr Bürger zu der Überzeugung, dass die Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gegen eine Covid-19 Erkrankung nicht nur überflüssig, ungeeignet und völlig unverhältnismäßig waren, sondern im Gegensatz zur vorgeblichen Absicht den Menschen und dem Gemeinwesen schwersten Schaden zufügten. So wehrten sich immer mehr Bürger gegen die Maßnahmen und leisteten Widerstand. Gegen die Grundrechtseinschränkungen fanden Großdemonstrationen statt, und in vielen Orten Deutschlands protestierten regelmäßig Menschen mit ihren Montagsspaziergängen

65 Menschen und dem Gemeinwesen schwersten Schaden zufügten. So wehrten sich immer mehr Bürger gegen die Maßnahmen und leisteten Widerstand. Gegen die Grundrechtseinschränkungen fanden Großdemonstrationen statt, und in vielen Orten Deutschlands protestierten regelmäßig Menschen mit ihren Montagsspaziergängen gegen die Regierungsverordnungen. In den Parlamenten waren es einzig Redner der AfD-Fraktionen, die die unterdrückten wissenschaftlichen Expertisen hochrangiger Wissenschaftler mit ihren Anträgen in die Parlamente einbrachten und auf deren Grundlage die Aufhebung der Coronamaßnahmen forderten.

70 Gegen all diese Wissenschaftler, Erklärungen und Anträge, gegen die Demonstranten und gegen die Protagonisten des Protestes wurde in den Medien und im Netz massiv vorgegangen mit Verleumdungen, mit Herabwürdigungen und den bekannten Etikettierungen der Kritiker wie „Nazi“, „Antisemit“, „Coronaleugner“, „Rechtsextremist“, „Reichsbürger“, „Aluhutträger“, „Verschwörungstheoretiker“, „Schwurbler“. Plötzlich war auch der vormals ehrenwerte Begriff „Querdenker“ zu einem Schimpfwort geworden. Prominente Gegner der Coronamaßnahmen wurden in besonderer Weise

75 in den öffentlichen Sendern angegriffen und vorgeführt. Erinnerung sei nur an den Fußballspieler Kimmich und an die 50 Künstler, die sich erlaubt hatten, eine Satire auf die zum Teil absurden Verbote in Zusammenhang mit der sogenannten Pandemiebekämpfung in das Netz zu stellen. Der Oberregierungsrat, der das Gutachten zur Risikoeinschätzung aus dem Innenministerium zu verantworten hatte, wurde vom Dienst

80 suspendiert, das Gutachten zu einer privaten Meinungsäußerung erklärt.

85

⁵ <https://truthunmuted.org/40-reasons-why-a-covid-19-pandemic-never-existed-part-1/>
und: <https://kanenazori.com/wp-content/uploads/2021/11/5757229-1.pdf>

Begleitet wurde dieser Diffamierungsrundumschlag durch zahlreiche Schmähungen gegenüber denen, die sich für den Erhalt der Grundrechte einsetzten. Beispielhaft für die Diffamierung der Great Barrington Declaration etwa sei nur auf die Einträge auf der Seite „Volksverpetzer und bei „Wikipedia“ hingewiesen, die immer noch bei der Herabwürdigung der Deklaration bleiben, obwohl die Protokolle des RKI längst be-
90 weisen, dass die Wissenschaftler, die diese Deklaration aufgesetzt und unterzeichnet hatten, vollkommen Recht gehabt haben.⁶

Das Drehbuch für die Weigerung, den öffentlichen Diskurs über die Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gegen die Covid-19-Krankheit zuzulassen, war unter ande-
95 rem das im Innenministerium entwickelte Strategiepapier des Staatssekretärs Markus Kerber⁷, in dem ausdrücklich die Erzeugung von Angst und Panik mit Hilfe von maß- losen Übertreibungen über die Gefährlichkeit der Covid-19-Infektion als Strategie an- geraten wurde. Und mit dieser Zielsetzung wurden alle Gegner der Covid-19-Maß- nahmen mit aller verbalen und physischen Härte angegangen und niedergemacht.
100 Symbolisch dafür die zum Teil überharten Einsätze von Polizeikräften auch gegen äl- tere Demonstranten. Schlimm dann die Aufrufe gegen diejenigen, die sich den nicht erprobten mRNA-Stoff nicht spritzen lassen wollten. „*Wer sich nicht impfen lässt, ist ein asozialer Trittbrettfahrer*“ (Eckart von Hirschhausen) „*Tyrannie der Ungeimpften*“; „*Un- geimpfte brauchen nun Peitsche statt Zuckerbrot*“ (Frank Ulrich Montgomery).⁸ Äußerun- gen dieser Art sind von hochrangigen Politikern und prominenten Vertretern aus Kunst, Wissenschaft, Medien und Gesellschaft tausendfach gemacht und eben auch dokumentiert worden.⁹ Den Tenor all dieser Schmähungen gegen diejenigen, die selbstbestimmt über ihre Gesundheit bestimmen wollten, enthält wohl die Aussage des FDP-Mitglieds Rainer Stinner: „*Kein Impfgegner wird wie ein Staatsfeind behandelt. Er darf nur, hoffentlich bald, nicht mehr unter die Leute gehen, weil er ein gefährlicher **Sozial-**schädling ist. Aber er hat die Freiheit, sich nicht impfen zu lassen. Aber er hat nicht die Frei- heit, mich zu gefährden.*“¹⁰

Die Ereignisse um die Coronakrise werden hier deshalb so ausführlich ausgeführt, weil sie in besonderer Weise jedem verdeutlicht, wie sehr die Exekutive von Bund und
115 Land sämtliche Sicherungen einer demokratischen Staatsform ausgeschaltet hat. Die

⁶ <https://www.volksverpetzer.de/corona-faktencheck/fake-namen-great-barrington/>
<https://de.wikipedia.org/wiki/Great-Barrington-Erkl%C3%A4rung>

⁷ Vom 19. bis 22. März 2020 verfasste eine von Staatssekretär Markus Kerber zusammengebrachte informelle Gruppe von Wissenschaftlern (Ökonomen, Soziologen und Chinaforscher) binnen vier Tagen für das deutsche Innenministerium (BMI) ein Papier mit dem Titel „Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen“. BY Thorsten Benner DATE 05 May 2021 PUBLISHED BY Cicero Magazin; und: <https://www.abgeordnetenwatch.de/sites/default/files/media/documents/2020-04/bmi-corona-strategiepapier.pdf>

⁸ <https://www.youtube.com/watch?v=RfsXbDRikqY>

⁹ Ich-habe-mitgemacht... Das Archiv des Corona-Unrechts, Kontrafunk Edition 2. Auflage. Herausgeber: Burkhard Müller-Ullrich Paperback, 550 Seiten; ISBN 978-3-9525739-0-7

¹⁰ <https://www.youtube.com/watch?v=RfsXbDRikqY>

Exekutive von Bund und Ländern diktierte die Grundrechtseinschränkungen, die sie in verfassungsmäßig gar nicht vorgesehenen Runden der Ministerpräsidenten und dem Bundeskanzleramt beschloss. Die Parlamente von Bund und den Ländern wurden lediglich als nachvollziehende Legislative erst später mit der Verabschiedung der Infektionsschutzgesetze einbezogen. Die Medien nahmen ihre Aufgabe, die Regierenden zu kontrollieren, nicht wahr, sondern verkündeten Regierungsmeinungen als alleinige Wahrheit. Kritiker erhielten in den öffentlichen Diskussionsrunden keine Stimme. Ethikrat und Stiko folgten brav den Vorgaben des Bundeskanzleramtes und machten sich zu deren Büttel. Die Gerichte bis hin zum Bundesverfassungsgericht bestätigten mit ihren Urteilen die Grundrechtseinschränkungen, weil sie lediglich prüften, inwiefern die Beschlusslage mit der vom RKI verkündeten Sachstand bei der Bekämpfung der Covid-19-Erkrankung übereinstimmte. Richter, die aufgrund eigener Sachverständiger zu anderen Urteilen kamen und durch die Schulschließungen und den Maskenzwang das Kindeswohl gefährdet sahen, wurden mit Hausdurchsuchungen überzogen, verklagt und verurteilt.¹¹ Der Verfassungsschutz erfand den Begriff der „Delegitimierung des Staates“ für kritische und widerständige Meinungsäußerungen gegen die zum Teil absurd begründeten staatlichen Grundrechtseinschränkungen. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger machten die Erfahrung, dass eine kritische Auseinandersetzung mit dem Regierungshandeln mit einem Risiko, zum Teil sehr hohem Risiko verbunden war. Insofern haben die Vorgänge um die Coronakrise für einen riesigen Vertrauensverlust gegenüber den politisch Handelnden geführt und zu großen Sorgen um den Bestand unserer Demokratie.

Dass nun mit der Veröffentlichung der RKI-Protokolle¹² das gesamte Ausmaß der unbegründeten autoritären Übergriffigkeit der Exekutive deutlich wird, dass die RKI-Protokolle nun belegen, dass die Kritiker der Grundrechtseinschränkungen vollkommen Recht hatten, dass hier offensichtlich gegen die wissenschaftliche Expertise sachfremd aus politischen Gründen massive Freiheitseinschränkungen getroffen und Übertretungen hart verfolgt wurden, bestätigt nur noch die Sorge der breiten Bevölkerung, dass sie damals der Willkür einzelner ausgeliefert waren und ein wichtiger Teil ihrer demokratischen Rechte für diese Zeit beseitigt worden sind.

¹¹<https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/weimarer-familienrichter-anklage-rechtsbeugung-einschaetzung/>
<https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/lq-erfurt-familienrichter-weimar-corona-ma%C3%9Fnahmen-schule-rechtsbeugung-bewaehrungsstrafe>

¹²https://www.rki.de/DE/Content/Kommissionen/STIKO/Protokolle/protokolle_node.html; <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/rki-protokolle-corona-klagen-100.html>; Christoph Lütge, der 2021 aus dem Bayerischen Ethikrat abberufen wurde, nachdem er sich kritisch über die Corona-Maßnahmen geäußert hatte, teilte der NZZ mit, die veröffentlichten Protokolle offenbarten Überlegungen der Behörde, von denen vorher behauptet wurde, das wären Verschwörungstheorien. Nun wisse man, dass selbst das RKI Zweifel an Impfstoffen, Lockdowns und Maskenpflicht gehabt habe.^[10] (<https://de.wikipedia.org/wiki/RKI-Protokolle>)

In einem Artikel der Welt unter der Schlagzeile: „SPD-Politiker schlägt Amnestie für Verstöße gegen Corona-Regeln vor“¹³ äußert sich der Leser Christoph J. So so, „eine Entschuldigung wäre nicht angebracht“. Deutlicher kann man nicht ausdrücken, dass man den eigentlichen Souverän bloß als lästiges Stimmvieh betrachtet, dass gefälligst dankbar dafür zu sein hat, dass es man es reichlich mit reichlich sinnlosen Regeln bedenkt. Und was das „Lernen“ angeht, das uns angeblich „als Gesellschaft während der Pandemie“ gelungen sein soll: Ja, ich habe etwas gelernt. Vorher bin ich überzeugt gewesen, dass bei uns der Rechtsstaat ein bemerkenswert hohes Niveau erreicht hat und dass man auf Basis unserer Verfassung, die schließlich umfassende einklagbare Grundrechte für den Bürger vorsieht, grundsätzlich Vertrauen in den Staat haben kann. Diese Überzeugung hat die Coronapolitik des Bundes und der Länder, die ich in Teilen für eindeutig verfassungswidrig halte, nachhaltig zerstört. Dass gerade unsere Gesundheitsminister sich dann auch noch als Paradebeispiele für mustergültiges Scheitern in Serie präsentierten, war eigentlich nur noch das Sahnehäubchen. Und wenn man jetzt im Nachhinein sogar noch schwarz auf weiß den Beweis geliefert bekommt, dass es für all diese Maßnahmen eben nicht wie immer wieder behauptet eine eindeutig belegte wissenschaftliche Basis gegeben hat, sondern dass man einfach nur Gegenmeinungen sehr effektiv unterdrückt hat, um Folgsamkeit beim Bürger herzustellen, dann frage ich mich, wer eigentlich der Politik noch irgendwas glauben soll. Man hat hier ganz ungeniert das Vertrauen des Bürgers massivst missbraucht - und hält jetzt „eine Entschuldigung nicht für angebracht“. Wobei - lasst stecken. Irgendwelche Entschuldigungsfloskeln würde Euch ja auch keiner mehr abnehmen. Wer seinen Mangel an persönlicher Integrität und Vertrauenswürdigkeit so nachhaltig bewiesen hat, der ist für mich eh ein für alle Mal unten durch.

Dieser Lesebriefschreiber gibt die Meinung und Haltung wieder, die mittlerweile in weiten Bevölkerungskreisen zu finden sind.

Weitere Nahrung erfährt diese Haltung auch durch den Umgang mit Kritikern, welche andere grundlegende Probleme des Landes ansprechen. Von Seiten der Regierenden und dem meinungsbeeinflussenden Leitmedien wurden bereits seit vielen Jahren Kritiker der Euro- und der Europapolitik Deutschlands als Europafeinde und Rechtsextremisten bezeichnet und in Verbindung mit dem verbrecherischen Regime des Nationalsozialismus gebracht. Die gleichen Verleumdungs- und Diffamierungsattacken wurden gegen die Kritiker der unkontrollierten Einwanderung, gegen die Kritiker der sogenannten Energiewende und der sogenannten Klimarettung, gegen die Kritiker, welche die verfassungsfeindlichen Umtriebe von islamistischen Gruppen anprangerten, und gegen diejenigen geritten, welche in dem übergriffigen Handeln der Regierenden staatsstreichähnliche Vorgehensweisen zu entdecken glaubten. Es wird durchaus die

¹³ https://www.welt.de/politik/deutschland/article250917056/SPD-Politiker-Michael-Mueller-schlaegt-Amnestie-fuer-Verstoesse-gegen-Corona-Regeln-vor.html?source=puerto-reco-2_ABC-V38.1.C_35%25plusquota_intower

Meinung vertreten, dass die Situation in Deutschland im Jahre 2024 doch in frappierender Weise dem Zustand ähnelt, den Alexis de Tocqueville in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts in den USA beobachtet hat:

185 „Ich kenne kein Land, in dem im allgemeinen weniger geistige Unabhängigkeit und wirkliche Diskussionsfreiheit herrscht als in Amerika.“ ...

190 „In Amerika zieht die Mehrheit einen drohenden Kreis um das Denken. Innerhalb dieser Grenzen ist der Schriftsteller frei; aber wehe, wenn er sie zu überschreiten wagt! Er hat zwar kein Autodafe (Bücher- oder Ketzerverbrennung) zu fürchten, aber er ist allen erdenklichen Unannehmlichkeiten und täglichen Nachstellungen ausgesetzt. Die politische Laufbahn ist ihm verschlossen; er hat die einzige Gewalt, die sie ihm eröffnen könnte, beleidigt. Man versagt ihm alles, selbst den Ruhm. Ehe er seine Ansichten veröffentlichte, glaubte er, Anhänger zu haben; nun er sich allen entdeckt hat, besitzt er, so scheint es ihm, keinen mehr; denn wer ihn ablehnt, bringt das öffentlich zum Ausdruck, und wer denkt wie er, ohne so mutig zu sein, schweigt und entfernt sich.“¹⁴

195 In solch einem gesellschaftlichen Klima wäre ein Antrag sehr zu begrüßen, der zu einem breiten, wertschätzenden öffentlichen Diskurs auffordert, in dem sich alle Gruppen des Gemeinwesens Deutschland über die Wichtigkeit von rechtsstaatlichen und demokratischen Verfahren austauschen und verständigen könnten, um eine Rückbesinnung auf die Grundlagen der Demokratie zu ermöglichen. Zu begrüßen wäre es
200 auch, wenn in allen Bildungseinrichtungen noch einmal die Grundprinzipien eines demokratischen Staatswesens auch anhand historischer Erfahrungen und staatstheoretischer Vorstellungen erarbeitet, erläutert und sinnhaft erfasst würden.

Der vorliegende Antrag jedoch geht offensichtlich in eine ganz andere Richtung.

205 Bereits im ersten Absatz offenbart der Antragsteller seine eigentliche Sicht auf sich und auf die Bürger dieses Landes. Die Sorgen um die Demokratie in der Bevölkerung, die der Antragsteller offensichtlich auch wahrnimmt und nicht mehr glauben zu können, ordnet er in ein Wirklichkeitskonstrukt ein, das ihn, obwohl in Bund und vielen Ländern Regierungspartner, von jeglicher Verantwortung unberührt sein lässt. Da wird von „wechselnden Krisen“ gesprochen, welche die Menschen verunsichert hätten. Diese „Krisen“ sind aber nicht aus sich selbst heraus entstanden, sondern
210 sind das Ergebnis politischen Handelns auch von Personen, die als SPD-Angehörige in Regierungsverantwortung stehen, nicht zuletzt der Bundeskanzler höchst selbst. Die Energiewende mit der Folge von rasant steigenden Energiepreisen und der Abwanderung von wichtiger Industrie, die unkontrollierte Masseneinwanderung von

¹⁴ Alexis de Tocqueville: *Über die Demokratie in Amerika*. Hrsg.: Jacob P. Mayer. Philipp Reclam, Ditzingen 2021, [ISBN 978-3-15-014189-2](#) (463 S., Originaltitel: *De la démocratie en Amérique*. Übersetzt von [Hans Zbinden](#)).

215 Menschen aus vorwiegend islamischen Kulturkreisen mit all den sozialen Folgen für
die ansässige Bevölkerung, die Inflation, die planwirtschaftlichen Eingriffe des Staates
in den freien Markt, die Kennzeichnung von unliebsamen Meinungen als „rechtsex-
rem“: all das und noch viel mehr sind Entwicklungen, die aufgrund von politischen
Entscheidungen angestoßen worden sind und möglicherweise sogar bewusst von den
220 verantwortlichen Politikern in die Eskalation weitergetrieben werden.

Wie sehr die Antragsteller aber den Bürger in seinen Sorgen nicht ernst nehmen, zeigt
die diagnostische Aussage, dass der Bürger wohl „verunsichert“ sei wegen der Krisen.
Der Antragsteller offenbart mit dieser Formulierung wohl seine Vorstellung vom Bür-
ger als hilflosen, unmündigen Untertanen, den eben Krisen „verunsichern“ wie etwa
225 Menschen verunsichert werden, die Entwicklungen nicht durchschauen können. Die
Bürger sind jedoch nicht unmündige, vom Staat zu betreuende Untertanen, sondern
sie sind reflektierende Teilnehmer eines Gemeinwesens, die die Entscheidungen der
Politiker und deren Auswirkungen beurteilen können und genau wissen, wem sie die
Krisen und die zum Teil gravierende Verschlechterung ihrer Lebensumstände zu ver-
230 danken haben. Mögen einige Bürger verunsichert sein. Der große Teil der Bürger, die
nicht einverstanden sind mit der wirtschaftlichen, sozialen, demographischen und po-
litischen Entwicklung in diesem Land, sind enttäuscht, zornig, wütend oder auch em-
pört über die Ignoranz derjenigen verantwortlichen Politiker, die ungeachtet der zer-
störerischen Folgen ihre Politik nicht ändern wollen. Die Proteste der Landwirte in den
235 letzten Monaten z.B. haben gezeigt, dass sich hier selbstbewusste, urteilsfähige Bürger
zu Wort und Tat gemeldet haben, und nicht verunsicherte, handlungsunfähige Unter-
tanen, wie es im vorliegenden SPD-Antrag suggeriert wird. Bereits die Demonstratio-
nen gegen die Grundrechtseinschränkungen in der Coronazeit wurden nicht von ver-
unsicherten Bürgern organisiert und veranstaltet, sondern von Bürgern, die sich selb-
240 ständig sachkundig machten, sodass sie den Falschmeldungen über die Gefährlichkeit
des Coronavirus und die Nützlichkeit der Grundrechtseinschränkungen faktenbasiert
in Zweifel ziehen und das Regierungshandeln als falsch und unnötig beurteilen konn-
ten.

So wie damals während der Proteste gegen die Grundrechtseinschränkungen in der
245 Coronazeit die Kritiker ,wie oben ausgeführt, als Staatsfeinde diffamiert wurden, wen-
det der vorliegende Antrag das gleiche Verfahren an, um die Kritiker des Regierungs-
handelns zu desavouieren. Der Antrag erklärt die Kritiker des Regierungshandelns,
die wiederum ein demokratisches Grundrecht wahrnehmen, ohne Beweise zu Grup-
pen, „die nicht politische Entscheidungen kritisieren, sondern stattdessen den Staat,
250 seine demokratischen Institutionen und den demokratischen Rechtsstaat ablehnen“.

Damit enthebt sich der Antragsteller jeder Form von Selbstkritik, sondern holt sich aus der massiven Kritik am gegenwärtigen Politikerversagen den Schwung, den man offensichtlich benötigt, um die politischen Gegner zu bekämpfen. Das offenbaren auch die Feststellungen im Beschlussteil des Antrags. So sind für die Antragsteller „Antisemitismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ die Problemfelder, die es zu bekämpfen gilt. Damit blendet der Antrag viele weitere Problemfelder aus, die für Unmut und Widerstand bei zahlreichen Bürgern sorgen. Verräterisch, worum es eigentlich geht, sind die Hinweise auf die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, in der die Autoren einen Zuwachs an „rechtsextremen und demokratiegefährdenden Einstellungen“ behaupten. Die Beispielpassage, mit der dies belegt werden soll, dass nämlich 30% der Befragten glauben, dass „Demokratie eher zu faulen Kompromissen als zu sachbezogenen Entscheidungen führe“, ist in keiner Weise geeignet, die Behauptung zu belegen. Das gleiche gilt für andere Aussagen, welche in der FES-Studie als Kennzeichnung für rechtsextreme Gesinnung eingeordnet wird.¹⁵

Angesichts der vielen jüngeren Krisen wie der Pandemie, dem Ukrainekrieg, der Inflation, dem Klimawandel und anderen ungelösten Problemen äußern rund 42 % der Befragten Unsicherheit. Doch zur Frage, wie die Gesellschaft den Mehrfachkrisen begegnen soll, ist die Bevölkerung zwiegespalten: 53 % befürworten eine Rückbesinnung auf das Nationale, fordern eine Schließung nach außen und erachten vermeintlich deutsche Werte, Tugenden und Pflichten als wesentlich für den Umgang mit den Krisen. Dies geht mit einer höheren Zustimmung zu demokratiegefährdenden Einstellungen einher. Demgegenüber stehen rund drei Viertel der Befragten zu einer offenen Gesellschaft und sagen, es komme jetzt vor allem auf Zusammenhalt (79 %), Solidarität mit den Schwächsten (68,5 %) und auch darauf an, auf die Wissenschaft und Expert:innen zu hören (62 %). Diese Befragten haben wiederum deutlich seltener demokratiegefährdende und häufiger demokratiewahrende Einstellungen.

An diesem Auszug aus der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung wird deutlich, wie völlig herkömmliche Meinungen zu Merkmalen einer rechtsextremen Gesinnung umgedeutet werden. Dieser Umdeutungsprozess von Begriffen aus dem gewöhnlichen Gebrauch zu Kennzeichen einer staatsfeindlichen Gesinnung findet seit Jahren statt und engt den Meinungskorridor immer weiter ein. Ein Beispiel aus jüngster Zeit sind die öffentlichen Verlautbarungen im Rahmen der Berichterstattung über eine angebliche Correctiv-Recherche. In allen Medien wurde unterstellt, dass der Begriff „Remigration“ in sogenannten „rechten Kreisen“ in verschlüsselter Form die rechtswidrige massenhafte Deportation von Ausländern aus Deutschland meint. Dies ist aber eine reine Unterstellung durch nichts bewiesen und durch nichts beweisbar. Unter „Remigration“ verstehen auch die beschuldigten Kreise lediglich die rechtmäßige Rückführung von Personen in ihre Heimat, die sich unrechtmäßig in Deutschland aufhalten. Das kann man auch nachlesen in den dementsprechenden Programmen und Schriften. In

¹⁵ <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>, [Punkt: Menschfeindliche Einstellungen sind wieder auf hohem Niveau]

der im Anschluss an die von Correctiv losgetretene Kampagne gegen die AfD verstieg
280 sich sogar der Bundespräsident zur Aussage von den „Rattenfängern“ der AfD.¹⁶ Par-
allel dazu läuft seit Jahren eine Verleumdungskampagne gegen die AfD als eine po-
litische Kraft, die auf wichtigen Politikfeldern Gegenpositionen zur Politik der regie-
renden Parteien vertritt und nach ihrem eigenen Verständnis Freiheit sowie Recht-
staatlichkeit in Deutschland wieder herstellen und sichern will.¹⁷ Die AfD musste von
285 Anbeginn ihrer Gründung an Ausgrenzung aus der Teilhabe an politischen Prozessen
erfahren, indem man der Partei insgesamt oder einzelnen Protagonisten der Partei
menschenfeindliche und staatsfeindliche Ziele unterstellte und sie als Wiedergänger
der nationalsozialistischen Partei diffamierte. Seit dem Einzug der AfD in die Parla-
mente verweigert man ihr grundlegende Mitwirkungsrechte am parlamentarischen
290 Betrieb. Eingebunden in diesen Ausgrenzungsprozess sind auch alle die Bürger, die
sich mit Aussagen des AfD-Programms identifizieren oder die Kontakte mit Vertre-
tern der Partei pflegen. Leute, die für die AfD kandidieren, dürfen zum Beispiel nicht
mehr als Pfarrer oder für Kirchengemeinden arbeiten. Ein Arzt strich jemanden aus
seiner Patientenliste, weil dieser in der Zeitung als AfD-Stadtrat zu sehen war, ein jun-
295 ger Feuerwehrmann musste wegen seiner Mitgliedschaft in der AfD aus der Feuer-
wehr ausscheiden.. Das ist eine völlig neue Dimension von Gesinnungs-Mobbing. Da-
mit werden viele Andersdenkende so wieder „auf Linie“ gebracht.
Aufsehen erregte der Fall der Schülerin aus Mecklenburg-Vorpommern, die aufgrund
einiger Posts im Internet von der Polizei in der Schule eine Gefährderansprache über
300 sich ergehen lassen musste. Die 16 jährige hatte sich Sorgen darüber gemacht, was aus
ihrer Generation wird in einem Staat, der ihre Generation „an den Jugendüberschuss
der Dritten Welt“ ausliefere. Sie reflektierte, dass deutsche Kinder und Jugendliche in
ihrer Altersgruppe zu einer Minderheit werden und machte sich Sorgen um ihre Zu-
kunft.¹⁸ Dieser Form von Gesinnungskontrolle soll nun durch ein sogenanntes „De-
305 mokratiefördergesetz“ Gesetzeskraft erhalten. Den Zweck dieses Gesetzes erläuterten
die Innenministerin Nancy Faeser und die Familienministerin Lisa Paus unter ande-
rem mit den Aussagen: *„Wir wollen dem Umstand Rechnung tragen, dass Hass im Netz
auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze vorkommt. Viele Feinde der Demokratie wissen ganz*

¹⁶ „Wenn unsere Demokratie angegriffen wird, dann ist eine Grenze überschritten, bei der Gegensätze hinten anstehen. Dann muss die demokratische Mitte, die große Mehrheit unserer Gesellschaft, Position beziehen und deutlich machen: Wir stehen zu unserer Demokratie, wir verteidigen dieses Deutschland und wir lassen uns dieses Land nicht von extremistischen Rattenfängern* kaputtmachen.“ <https://www.nordkurier.de/politik/rattenfaenger-wirbel-um-aussage-von-bundespraesident-steinmeier-2234587>

¹⁷ https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf
<https://afd.nrw/wahlprogramm/>

¹⁸ Junge Freiheit Nr. 15/24, 05. April 2024, S. 13

genau, was gerade noch so unter Meinungsfreiheit fällt." Oder eine weitere Aussage: „Die-
310 jenigen, die den Staat verhöhnen, müssen es mit einem starken Staat zu tun bekommen.“ Und:
„Wir wollen dem Umstand Rechnung tragen, dass Hass im Netz auch unterhalb der Strafbar-
keitsgrenze vorkommt.“¹⁹ Der Leiter des Verfassungsschutzes Thomas Haldewang assis-
tierte den Ministerinnen in einem Artikel der FAZ vom 02. April 2024 mit den Worten:
315 „Die Meinungsfreiheit ist kein Freibrief.“ Diese Aussagen verdeutlichen sehr dras-
tisch: Sollte dieser Gesetzesentwurf vom Bundestag verabschiedet werden und in
Kraft treten, wird ein Grundpfeiler demokratischer Gemeinwesen, die Meinungsfrei-
heit, seine Tragfähigkeit verlieren. Denn jede regierungskritische Aussage kann dann
durch eine willkürliche Interpretation als staats- oder verfassungsfeindliche Äußerung
definiert werden.

320 Der SPD-Antrag arbeitet exakt mit demselben Vokabular, wie wir es im Entwurf vom
Demokratiefördergesetz oder in der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung finden
können. Dass jeder Bürger jede Form von Antisemitismus, Rechtsextremismus und
gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bekämpfen muss, ist selbstverständlich.
Decodiert man jedoch die Begrifflichkeit im Feststellungs- und Forderungsteil des An-
325 trags, so wird offensichtlich, dass dieser Antrag nichts weiter ist als ein weiteres Ele-
ment des Kampfes der SPD gegen die AfD, den man nun in die Schulen tragen soll.
Nun kann man nichts dagegen haben, wenn eine Partei ihren politischen Konkurrenten
politisch bekämpft. Dieser Kampf muss aber argumentativ ohne Diffamierungsbe-
gleitung erfolgen, darf aber auf keinen Fall in die Schulen getragen werden, für die
330 immer noch der Beutelsbacher-Konsens²⁰ gilt. Und so erinnert der Antrag mit seiner
Forderung, auch in den Schulen die Vorstellungen vom Rechtsextremismus zu ver-
künden, wie er durch die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und den Entwurf
des sogenannten „Demokratiefördergesetzes“ definiert wird, doch fatal an eine
Taktik, die der Bösewicht Jago in Shakespears Drama Othello so beschreibt: „Höllische
335 Theologie: Wenn Teufel ärgste Sünde fördern wollen, so locken sie zuerst durch from-
men Schein.“²¹

¹⁹<https://www.zeit.de/2024/09/demokratiefordergesetz-nancy-faesser-lisa-paus-rechtsextremismus/komplettansicht>

²⁰<https://www.bpb.de/lernen/inklusive-politisch-bilden/505269/der-beutelsbacher-konsens/>

²¹ William Shakespeare, Othello, II,3. In: William Shakespeare, Gesammelte Werke, Lechner Publishing Ltd. Li-
massol 1998, S.270

Stellungnahme des VBE NRW

zum Antrag der Fraktion der SPD

Selbstverständnis „Demokratie“ – eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten (Drucksache 18/7196)

Anhörung des Hauptausschusses und des Ausschusses für Schule und Bildung am 18.04.2024

Sehr geehrter Herr Kuper,

für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum oben genannten Antrag danken wir Ihnen und nehmen diese gerne wahr.

Mit großer Sorge beobachtet der VBE NRW, dass (rechts-)extreme Einstellungen in den vergangenen Jahren gestiegen sind und immer weiter Einzug halten in die Mitte der Gesellschaft. Mittlerweile verfügt jede zwölfte in Deutschland lebende Person über ein rechtsextremes Weltbild, auch die Zahl derer, die eine Diktatur mit einer einzigen starken Partei und einem Führer für Deutschland befürworten, ist gemäß der „Mitte-Studie“ auf 6 % angestiegen¹. Fast zwei Drittel der Bevölkerung (62 %) spricht Israel in einer repräsentativen Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung² das Existenzrecht ab – ein Wert, der in den Jahren 2021 bis 2022 erhoben worden ist. Im „Religionsmonitor“ der Bertelsmann-Stiftung wird ein „erschreckender Anstieg antisemitischer Vorfälle“ identifiziert, aber auch „verstärkt wahrnehmbare antimuslimische Anfeindungen“ (S. 10)³. Es sind derzeit vor allem diese beiden Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, die den sozialen Zusammenhalt massiv herausfordern.

Vor diesem Hintergrund sieht der VBE NRW die dringende Notwendigkeit einer Stärkung der Demokratiebildung und begrüßt in diesem Sinne den o.g. Antrag der SPD-Fraktion, wenngleich dieser einige zentrale Aspekte vermissen lässt, die es im Zuge der Umsetzung zu berücksichtigen gilt.

Die vorgeschlagene, verpflichtende „Woche der Demokratie“ für alle Bildungsinstitutionen kann als Motor dazu dienen, Demokratie als essenzielle Querschnittsaufgabe

¹ Zick, A., Küpper, B. & Mokros, N. (2023). *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Dietz. Verfügbar unter: <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd> [14.03.2024]

² Hirndorf, D. (2023). *Antisemitische Einstellungen in Deutschland*. Konrad-Adenauer-Stiftung. Verfügbar unter: <https://www.kas.de/documents/252038/22161843/Antisemitische+Einstellungen+in+Deutschland.pdf/cead70cb-a767-65f8-82a1-5f3537c409d1?version=1.0&t=1689845078953> [14.03.2024]

³ Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). (2023). *Antisemitismus, Rassismus und gesellschaftlicher Zusammenhalt*. Verfügbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ORZ_BS-0302_Religionsmonitor_kompakt_web.pdf [14.03.2024]

langfristig zu etablieren. Dies impliziert zum einen, dass das Thema „Demokratie“ (insb. in Kindertagesstätten und Schulen) noch nicht hinreichend verankert ist. Wir erleben seitens der Kolleginnen und Kollegen eine hohe Bereitschaft, entsprechende Maßnahmen und Projekte zu realisieren. Es mangelt allerdings an förderlichen Rahmenbedingungen, besonders an notwendigen Zeitressourcen. Zum anderen darf eine „Woche der Demokratie“ keine singuläre bzw. isolierte Maßnahme bleiben, deren positive Effekte bestenfalls mittelfristig wieder verpuffen.

Eine auf Dauer angelegte Demokratiebildung lässt sich nur durch strukturelle Veränderungen realisieren, für die rechtlich verankerte Verbindlichkeiten als stützendes Instrument erforderlich sind.

Eine demokratische und partizipative Schule bezieht in ihrem Kern die Beschäftigten, die Schülerinnen und Schüler und ebenso die Erziehungsberechtigten mit ein.

Die Beschäftigten benötigen hierzu vor allem höhere Freistellungen für Tätigkeiten im Zusammenhang von Partizipation und Demokratie. Beispielsweise stehen nicht allen Mitgliedern des Lehrerrats und Ansprechpersonen für Gleichstellungsfragen notwendige Anrechnungsstunden zur Verfügung.

Um Demokratie als lebendigen Teil einer Schulkultur zu etablieren, müssen gleichermaßen die Partizipationsmöglichkeiten für alle Schülerinnen und Schüler in allen Schulstufen ausgebaut werden – bspw. über festgelegte Stunden für die Arbeit in Kinder- und Schülerparlamenten, für Tätigkeiten im Klassenrat oder in Schülervertretungen. Demokratiebildung benötigt eine systemische Umsetzung. Ziel sollte es sein, dass das Denken und Handeln für die freiheitlich demokratische Grundordnung und die Menschenwürde die Basis der von allen Beteiligten getragenen Unterrichts- und Schulkultur sind.

Für ein lebendiges demokratisches Miteinander benötigen Schulen allerdings nicht nur Zeit, sondern auch eine entsprechende Ausstattung (Materialien, Räume) sowie die Möglichkeit zu vielfältigen Fort- und Weiterbildungen der Beschäftigten. Diese sollten Fragen zur institutionellen Entwicklung demokratischer Strukturen und Unterstützungsmöglichkeiten im Umgang mit Diskriminierung und Bedrohung beinhalten. Lehrkräfte benötigen zusätzlich dringend Schulungen für den Umgang mit der Verbreitung von (rechts-)extremistischen Inhalten über die sozialen Medien, hier insbesondere über TikTok.

Nicht wenige Pädagoginnen und Pädagogen sind derzeit verunsichert und fragen sich, inwieweit sie bspw. gegen rassistische Äußerungen im Unterricht aktiv werden können und sollen.

Einen Beitrag zu diesen Unsicherheiten leistet bedauerlicherweise etwa die Erzählung, dass der Beutelsbacher Konsens ein Neutralitätsgebot im Sinne eines Verbotes für Lehrkräfte vorschreibe, sich im professionellen Kontext politisch zu äußern. Diese falsche Auslegung des Kontroversitätsgebotes steht im Widerspruch nicht nur zum Beutelsbacher Konsens selbst, sondern auch zum grundlegenden Bildungs- und Erziehungsauftrag von Kita und Schule. So heißt es bspw. im nordrhein-westfälischen Schulgesetz: „Die Schule unterrichtet und erzieht junge Menschen auf der Grundlage des Grundgesetzes und der Landesverfassung“ (§ 2, Absatz 1), und einen Absatz

später steht geschrieben: „Die Jugend soll erzogen werden im Geist der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldsamkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, [...]“ (§ 2, Absatz 2).⁴

Die Landesregierung steht somit an verschiedenen Stellen in der Pflicht, eine Planungs- und Handlungssicherheit für alle beteiligten Akteurinnen und Akteure herzustellen.

Wenn es gelingt, Demokratie und Partizipation im gesamten Bildungssystem grundzulegen, erfahren Kinder und Jugendliche eine Form der Selbstwirksamkeit, die sie durch ihr Leben tragen wird. Es wird ihnen ein tief verwurzeltes Anliegen sein, unsere freiheitlich demokratische Grundordnung zu schützen und für diese einzutreten.

Dortmund, 11.04.2024

Anne Deimel
Landesvorsitzende VBE NRW

Stefan Behlau
Landesvorsitzender VBE NRW



⁴ Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2022). *Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen*. Verfügbar unter: <https://bass.schul-welt.de/6043.htm#1-1p2> [15.03.2024]

**Stellungnahme zu dem Antrag der Fraktion der SPD
„Selbstverständnis ‚Demokratie‘ – eine Aufgabe, die alle
angeht. Verbindliche Woche der Demokratie
in allen Bildungsstätten“ (DS 18/7196)**

I. Ausgangslage

Einmal mehr hat die Mitte-Studie deutlich aufgezeigt, dass Misstrauen gegen die Demokratie keine Frage politischer Extreme ist, sondern zutiefst in der sogenannten Mitte verankert sind.¹ Nach der aktuellen Mitte-Studie sinkt das Vertrauen in die Demokratie auf unter 60% und gleichzeitig steigt der Anteil der Befragten, die verschwörungsgläubige (38%), populistische (33%) und völkisch-autoritär-rebellische (29 %) Positionen vertreten. Diese Werte sind erschreckend, allerdings keineswegs mehr überraschend, wenn man sich tiefgreifend mit der Thematik auseinandersetzt. Dass sich seit der letzten Erhebung 2020/21 nun die Zustimmung zu der Aussage: „Die regierenden Parteien betrügen das Volk.“ fast verdoppelt hat (16% zu 30%) und gar ein Fünftel glaubt, „Unser Land gleicht inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie.“ (zuvor 16%), zeigt den Handlungsbedarf für eine verantwortungsvolle Politik und die Notwendigkeit einer Stärkung politischer Bildung deutlich auf.

In der Tragweite analysiert Veith Selk die Erosionstendenzen (in) der Demokratie auf eine deutlich schärfere Weise.² Die Demokratie verliert seiner Auffassung nach Weltweit an Anziehungskraft und gilt häufig als unsteuerbar und ungerecht. Selk sieht nicht weniger als eine „Demokratiedämmerung“, bei der die Demokratie sich ihres eigenen Niederganges nicht mehr bewahren kann. Das liegt auch daran, dass die Erosionstendenzen der Demokratie in ihr selber angelegt sind – sie wird nicht von außen attackiert, sondern verfällt von innen. So hart diese Diagnose auf den ersten Blick scheint, so wichtig ist es sich auf sie einzulassen. Sie passt

¹ Zick/Küpper/Mokros (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn

² Selk (2023): Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie. Frankfurt/Main

nämlich zu den Zahlen der Mitte-Studie: die Demokratie erodiert von innen, weil sie kein Vertrauen mehr genießt – auch nicht bei der vermeintlichen Mitte, die offenbar deutlich radikaler ist als die politische Illusion einer gemäßigten Mitte es wahrhaben will.

Aus diesem Grund ist das Anliegen des Antrages völlig richtig und verdient es, ohne parteipolitische Vorbehalte diskutiert zu werden. Um es deutlich zu sagen: Die GEW NRW erwartet von allen demokratischen Fraktionen einen Konsens zur Stärkung der politischen Bildung, der über bloße Lippenbekenntnisse hinaus geht. Denn ein Blick in die Wissenschaft zeigt deutlich, dass die Demokratie immer fragiles Konstrukt und keineswegs selbstverständlich ist. Oskar Negt hat zurecht darauf hingewiesen, dass „Demokratie die einzige Staatsform [ist], die gelernt werden muss.“ Daraus erwachsen eine zentrale Aufgabe und Verantwortung für die Bildungseinrichtungen, für die dort Beschäftigten, aber auch für die Politik entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Demokratie von jeder Generation aufs Neue erlernt werden kann.

II. Politische Bildung

Nach wie vor hält es die GEW NRW für einen fatalen Fehler der letzten Schwarz-Gelben Landesregierung, das Schulfach Sozialwissenschaften in Wirtschaft-Politik verändert zu haben. Die damalige Begründung, dass es mehr wirtschaftlicher Bildung benötigte, war damals falsch und wird auch heute nicht richtig durch Studien, die sich auf Inhalte in Schulbüchern beschränken.³ Jede Lehrkraft weiß, dass Bildung nicht in Schulbüchern, sondern in den Unterrichtssituationen als Prozess in der Interaktion zwischen Lehrkraft-Schüler*innen und Schüler*innen untereinander stattfindet. Daher gilt aus unserer Sicht nach wie vor das, was Reinhold Hedtke von der Universität Bielefeld zusammen mit seinem Kollegen Mahir Gökbudak in einer Studie ermittelt hat: „Wirtschaft gut – Politik mangelhaft“. ⁴ Selbst die US-Ratingagentur *Standard & Poor's*, die für gewöhnlich nicht im Verdacht steht, ökonomischen Themen gegenüber avers

³ Goldschmidt/Kron/Rehm (2024): Marktwirtschaft und Unternehmertum in Schulbüchern. Eine Analyse der ökonomischen Inhalte in deutschen Schulbüchern. Potsdam

⁴ Gökbudak, M./Hedtke, R. (2018): Wirtschaft gut – Politik mangelhaft. Ökonomische und politische Bildung in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen. Didaktik der Sozialwissenschaften Working Paper 8. Bielefeld: Universität Bielefeld.

zu sein, hat in einer Studie herausgefunden, dass die Bundesrepublik Deutschland zu den Staaten mit der höchsten Finanzbildung gehört.⁵ Wir erwarten nun eine deutliche Stärkung der politischen Bildung. Ob diese Stärkung aus einer verbindlichen Woche der Demokratie resultiert, kann dabei durchaus bezweifelt werden. Demokratiebildung muss in den Alltag integriert werden und kann zusätzlich in Projektwochen bearbeitet werden. Den Grundstein für eine gute Demokratiebildung stellt allerdings die Integration politischer Bildung in den Alltag dar. Das beginnt in der frühkindlichen Bildung und erstreckt sicher über alle Bildungsinstitutionen. Demokratie zu lernen, ist für die GEW NRW ein aktiver Prozess, der über ein Wissen der „Gefahren und Nachteile“ von extremen Positionen, wie es der Antrag formuliert, deutlich hinausgeht. Das Ablehnen von undemokratischen Positionen ist nicht gleichbedeutend mit dem Eintreten für die Demokratie. Auf diese aktive Ebene geht der Antrag leider nicht ein.

III. Konkrete Maßnahmen

Demokratiebildung sollte eine Querschnittsaufgabe aller Bildungseinrichtungen sein und nicht auf schulischen Politik-Unterricht beschränkt werden. Dafür müssen alle beschäftigten qualifiziert werden und im Alltag dazu befähigt werden, sich die Zeit und die Ressourcen zu nehmen abseits strikter Curricula, politische Bildung in den Fokus zu rücken. Von Seiten der Landesregierung kann erwartet werden, dass Materialien für politische Bildung entsprechend der Lebensalter zur Verfügung gestellt werden (etwa für die Schulen durch die QUA-LIS). Gleichzeitig müssen aber auch die personellen und zeitlichen Ressourcen durch die Politik an die Bildungseinrichtungen gegeben werden – in Zeiten des Fach- und Lehrkräftemangels braucht es die politisch gesteuerte Stärkung der politischen Bildung. Im Bereich der Lehramtsausbildung wäre eine stärkere Kopplung mit außerschulischen Partnern und außerschulischen Orten sinnvoll. Häufig werden notwendige Genehmigungen nicht erteilt, Reisekosten nicht erstattet. Selbst den Zentren für schulpraktische Lehrerbildung naheliegende Orte beispielsweise des jüdischen Lebens und der jüdischen Geschichte in Deutschland dürfen nicht aufgesucht werden. Der Besuch von Gedenkstätten, Museen und anderen historischen Orten wird den

⁵ Klapper, L./Lusardi, A./van Oudheusden, P. (2015): Financial Literacy Around the World: Insights From the Standard & Poor's Ratings Services Global Financial Literacy Survey. URL: http://gflec.org/wp-content/uploads/2015/11/3313-Finlit_Report_FINAL-5.11.16.pdf?x87657 (zuletzt am 08.04.2024).

Referendarinnen und Referendaren vollkommen verwehrt, die bisher etablierte europäische Zusammenarbeit bei Ausbildungsorten der Friedenserziehung musste unterbrochen werden. Grundsätzlich sollten vorhandene Projekte an Schulen und Hochschulen ausgebaut und finanziell abgesichert sein – wie übrigens auch die Landeszentrale für politische Bildung, die stärker einbezogen werden sollte. Gute Bildung für alle, unabhängig ihrer sozioökonomischen Herkunft, ist eine Grundvoraussetzung für aufgeklärte, kritikfähige Bürger*innen, die Populisten nicht auf den Leim gehen und die Grundwerte der Demokratie verteidigen. Die letzten gesamtgesellschaftlichen Ereignisse zeigen die Bedeutung politischer Bildung: der Angriff auf Israel sowie der Krieg gegen die Ukraine sind nicht weit weg, sondern Themen etwa auf den Schulhöfen. Den Kolleg*innen in allen Bildungseinrichtungen muss mit bereitgestellten Materialien und verstetigten Fortbildungsmaßnahmen Sicherheit gegeben werden. Das Schulministerium hat im Falle des Angriffs auf Israel gut reagiert, indem schnell Materialien bereitgestellt wurden. Allerdings wäre es wünschenswert, wenn sowas nicht aus der Not kurzfristig erstellt werden muss, sondern im Rahmen einer langfristigen Strategie allen Bildungseinrichtungen zur Verfügung gestellt wird. Gerade heute, wo die gesellschaftlichen Fragestellungen immer komplexer werden und leicht überfordern können, gilt es, im geschützten Raum in Kitas, der Jugendhilfe, Schulen, Hochschulen und der Weiterbildung, ohne Angst und Manipulation, die politische Handlungskompetenz heranwachsender Generationen zu stärken.



Dortmund, 12.4.2024

Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der SPD:

Selbstverständnis „Demokratie“ – eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten

Die NRW-Landeskoordination des Netzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SoR-SmC) bedankt sich für die Möglichkeit, zum oben angegebenen Antrag der SPD-Fraktion schriftlich Stellung zu nehmen. Wir teilen die im Antrag zum Ausdruck gebrachte Sorge um unsere Demokratie. So werden die gegenwärtigen Gefährdungen der Demokratie etwa vielfach dokumentiert in der 2023 herausgegebenen Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Etwa geben nur 51,5% der Befragten an, sie hätten Vertrauen in die staatlichen Institutionen. Des Weiteren haben auch die Billigung und Rechtfertigung politischer Gewalt deutlich zugenommen. 13,2% sind der Auffassung, einige Politiker:innen hätten es verdient, wenn die Wut gegen sie in Gewalt umschlägt.

Demokratiebildung treibt auch uns von SoR-SmC, Deutschlands größtem Schulnetzwerk, um. Bundesweit gibt es derzeit 4385 Courage-Schulen, davon 1276 in Nordrhein-Westfalen. Courage-Schulen haben sich verpflichtet, nachhaltig für die Gleichwertigkeit aller Menschen und gegen jede Form von Diskriminierung einzutreten. Ziel unseres Netzwerks ist es Schulen im Einsatz für die Menschenwürde und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit miteinander zu vernetzen. Die Landeskoordination unterstützt dies u. a. durch Veranstaltungen für Schüler:innen und pädagogisches Personal, die Bekanntmachung schulischer Aktionen und Projekte im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit sowie die Unterbreitung der vielfältigen Angebote unserer Kooperationspartner:innen. Konkret zählen zu den Angeboten der Landeskoordination u. a. die jährlichen Regionaltreffen für Courage-Schulen im Herbst auf der Ebene der fünf Regierungsbezirke. Mehrmals jährlich bieten wir für Schüler:innen in Kooperation mit der DGB-Jugend NRW bei einer dreitägigen Veranstaltung in Hattingen im Sinne von Empowerment eine Ausbildung zu Courage-Coaches an. Des Weiteren finden regelmäßig themenspezifische Qualifizierungsveranstaltungen für pädagogisches Personal statt, u. a. im kommenden Monat mit Prof. Andreas Petrik.

Die Arbeit der Landeskoordination des Courage-Netzwerks erfolgt dabei unterstützend und flankierend im Rahmen der schulischen Demokratiebildung in NRW. So gibt das Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vor, dass gemäß § 2 die Jugend erzogen werden soll „im Geist der Menschlichkeit, der

Demokratie und der Freiheit.“ Der Referenzrahmen Schulqualität NRW weist als eine Dimension (3.3) die „Demokratische Gestaltung“ auf, welche Schulen u. a. auffordert verbindliche Absprachen zu treffen im Hinblick auf ihre demokratiepädagogischen Zielsetzungen und Ziele der politischen Bildung. Diesen Referenzrahmen greift auch die Qualitätsanalyse auf, wenn es im Qualitätstableau etwa heißt, dass als Konsequenz einer demokratischen Gestaltung „den Schülerinnen und Schülern angemessene Möglichkeiten der partizipativen Gestaltung des Schullebens und der Schulentwicklung“ eröffnet werden sollen. Schließlich erklärt auch Frau Ministerin Dorothee Feller in Schule NRW/Amtsblatt Januar 2023, Demokratiebildung zu einem der Schwerpunkte der Arbeit im Ministerium für Schule und Bildung Nordrhein-Westfalen, und konstatiert: „Demokratiebildung ist eine Grundlage für das gesamte weitere Leben der Kinder und Jugendlichen in unserer parlamentarischen Demokratie. Sie unterstützt sie dabei, sich ihrer Vorstellungen und Wünsche für ein Zusammenleben in Vielfalt bewusst zu werden, sich verfassungskonforme Mittel und Wege zu erschließen um ihre Wünsche darin einfließen zu lassen und somit auch, ihre Rolle in unserer Demokratie zu finden und aktiv einzunehmen.“

Demokratiebildung kann insgesamt nicht als kurzfristige Aufgabe betrachtet werden, sondern bedarf der Nachhaltigkeit und Kontinuität. Daher stellt sich die Frage, ob es anstatt der im Antrag genannten einen jährlichen Woche der Demokratie nicht 52 Wochen der Demokratie bedarf. Derzeit existieren in vielfältiger Weise Beispiele für Demokratiebildung, die bereits jetzt in Schulen ihren Platz haben und sich über den gesamten Jahreskalender hinweg erstrecken. Exemplarisch genannt seien der jährliche Aktionstag zum Geburtstag von Anne Frank, die Internationalen Wochen gegen Rassismus im März oder die Begehung von Gedenktagen wie dem 27. Januar oder dem 9. November. Des Weiteren stellen sich grundsätzliche konzeptionelle Fragen zur im Antrag aufgeworfenen Woche der Demokratie: Welches Verständnis von Demokratiebildung liegt der Idee überhaupt zugrunde? Welche Dimensionen sollen in den Blick genommen werden? Welche Zielsetzungen sollen konkret mit einer derartigen Woche erreicht, welche Kompetenzen gefördert werden?

Gesetzt den Falls der Durchführung einer Woche der Demokratie, von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule, kann eine solche Woche aber sicherlich sensibilisieren für die Bedeutung demokratischer Bildung sowie Aufmerksamkeit schaffen. Dabei sollten nach Einschätzung der Landeskoordination auch rassismuskritische Elemente Bestandteil einer solchen Woche sein, stellt Rassismuskritik doch einen elementaren Baustein von Demokratiebildung dar. Im Falle der Umsetzung einer Woche der Demokratie wäre, wie im Antrag zurecht gefordert, das Lehrpersonal der einzelnen Bildungseinrichtungen entsprechend anzuleiten. Die Bereitstellung adäquater Ressourcen erscheint hierfür unabdingbar. Aufgrund der hohen Anzahl an Courage-Schulen in NRW ist davon auszugehen, dass im Falle einer Woche der Demokratie die Landeskoordination sowie die 54 Regionalkoordinationen in den Kreisen und kreisfreien

Städten mutmaßlich diverse Anfragen aus Netzwerk-Schulen erhalten werden mit Blick auf Unterstützungsbedarfe. Hierbei können wir als Landeskoordination u. a. zurückgreifen auf ein Netz von derzeit 98 offiziellen Kooperationspartner:innen in NRW. Diese Unterstützung durch Kooperationspartner:innen stellt eine wertvolle Unterstützung der Lehrkräfte dar, kann die Planung einer Woche der Demokratie etwa in Form der Durchführung von Workshops für Schüler:innen sehr bereichern und sich auch langfristig auf eine demokratiefördernde Schulkultur auswirken. Dies setzt gleichsam eine finanzielle Förderung der im Feld der politischen Bildung agierenden Kooperationspartner:innen voraus.

Die stetige, qualitative und vielfältige Arbeit der Landeskoordination und der 54 Regionalkoordinations trägt viele Impulse in die SoR-SmC-Schulen hinein, die im Rahmen einer Woche der Demokratie zur Geltung kommen können. Beispielsweise finden in allen Kreisen und kreisfreien Städten regelmäßige Lokaltreffen statt, in welchen die dortigen Netzwerk-Schulen zusammenfinden, Inspirationen für die Courage-Arbeit erhalten und auch Planungen für gemeinsame Aktionen und Projekte vornehmen. Diese könnten etwa zum Tragen kommen in der diskutierten Woche der Demokratie. Die Formate der Öffentlichkeitsarbeit der Landeskoordination (Facebook- und Instagram-Kanal, Rundbrief, Homepage) können den Akteur:innen bspw. auch Anregungen liefern für die Ausgestaltung einer solchen Woche an der eigenen Schule oder die Vernetzung mit anderen Schulen befördern.

Hilfreich kann bei der Konzeption einer Woche der Demokratie auch die seit 2005 bestehende Landesinitiative „Bildungspartner NRW“ sein. Diese unterstützt die systematische Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Bildungsorten. Auch von Seiten unseres Courage-Netzwerks besteht eine Zusammenarbeit mit „Bildungspartner NRW“, etwa wenn es um Gedenkstätten und Erinnerungsorte geht. Für die Realisierung einer Woche der Demokratie müssten zudem auch die Schulen mit angemessenen finanziellen Ressourcen ausgestattet werden, da eine solche Woche nicht zum Nulltarif zu haben ist. Für die Verortung qualitativ wertiger Angebote an den Schulen, müssten auch die monetären Grundlagen geschaffen werden, etwa mit Blick auf das Fortbildungsbudget der Schulen. Insgesamt können bereits bestehende Formate und Angebote unseres Netzwerks im Sinne einer Woche der Demokratie also genutzt werden, wie auch die Möglichkeiten des Verweisens auf Kooperationspartner:innen. Beides kann damit auch der Entlastung von Lehrkräften für die Absolvierung einer solchen Woche dienen.

Die Forderung des Antrags, aufgrund der wachsenden Gefährdungen unserer Demokratie die erforderlichen Finanzen für Maßnahmen zur Demokratieförderung bereitzustellen, wird somit von uns explizit begrüßt. Der Bedarf der Stärkung der Demokratiebildung wird von uns als Landeskoordination des SoR-SmC-Netzwerks bestätigt. Dabei investieren wir bereits sehr konkrete Maßnahmen in die Unterstützung von Schulen, welche den Schüler:innen und dem pädagogischen Personal zugutekommen. Hiermit trägt das Netzwerk bereits dazu bei, Demokratiebildung in Schule zu fördern. Diese Arbeit möchten wir gerne

fortsetzen und verstetigen mit Blick auf den signifikanten Umstand, dass die Demokratie das unumstößliche Fundament unseres gesamtgesellschaftlichen Zusammenlebens ist.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Hüttemeister

Landeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage NRW

Bezirksregierung Arnsberg

Landesstelle Schulpsychologie und Schulpsychologisches Krisenmanagement

Ruhrallee 1-3, 44139 Dortmund

Stellungnahme zum Antrag

Selbstverständnis „Demokratie“ - eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/7196

Anhörung des Hauptausschusses und des Ausschusses für Schule und Bildung am 18. April 2024

Prof. Dr. Susanne Pickel und Prof. Dr. Andreas Blätte, Universität Duisburg-Essen

susanne.pickel@uni-due.de; andreas.blaette@uni-due.de

Zur Ausgangslage

In Reaktion auf die im Antrag geschilderte Ausgangslage, erlauben wir uns, diese mit Daten des für Nordrhein-Westfalen passgenauen Demokratieberichtes Nordrhein-Westfalen zu ergänzen. Der **Demokratiebericht Nordrhein-Westfalen** des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft, vertreten durch Frau Staatssekretärin Gonca Türkeli-Dehnert, und der Landeszentrale für Politische Bildung wurde am 28.11.2023 veröffentlicht. Die o.g. Sachverständigen wirkten am Bericht als wissenschaftliche Begleitung mit.

Der Bericht bestätigt die im Antrag der Fraktion der SPD geschilderte Ausgangslage zur Akzeptanz nicht-demokratischer politischer Elemente innerhalb des demokratischen politischen Systems sowie die Verbreitung nicht-demokratischer politischer Einstellungen für Nordrhein-Westfalen anhand einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung:

1) Im repräsentativen Bevölkerungsdurchschnitt für Nordrhein-Westfalen bestätigen zwar jeweils mehr als 90% der Befragten ein verfassungsrechtlich und lebensweltlich liberales Demokratiekonzept im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes (S. 43-48)¹, jedoch glauben auch,

- 79%, dass die Durchsetzung nationaler Interessen das grundsätzliche Ziel der Politik sein solle,
- 39%, dass man die Rechte von Minderheiten per Volksabstimmung einschränken können sollte,
- 26%, eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert (S. 70), und
- 33%, dass es eine starke Führungsperson im Land geben solle, die sich nicht um die Zustimmung des Parlamentes kümmern muss,

zu einer Demokratie gehöre. Gerade die zuletzt genannten Aussagen werden als nicht- oder antidemokratisch gelesen und drücken ein zumindest mit autoritären oder antidemokratischen Vorstellungen angereichertes Demokratieverständnis aus. Hinzu kommt: Menschen

¹ Die angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf den Demokratiebericht Nordrhein-Westfalen 2023.

mit **formal niedrigerer Bildung** sehen eine Gewaltenteilung in der Demokratie als weniger wichtig an, sie sprechen sich überdurchschnittlich häufig für o.g. Aspekte als Bestandteil einer Demokratie aus.

- 2) Setzt man die demokratischen und anti-demokratischen Vorstellungen zueinander ins Verhältnis, dann zeigt sich, dass auch in Nordrhein-Westfalen **anti-demokratische Vorstellungen** Eingang in die Demokratie finden, die zunächst hinter der breiten Unterstützung der Demokratie als „bestem politischem System für unsere Gesellschaft“ verschwinden (S. 69-78):

Für 66% der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens sind Alternativen zur Demokratie nicht vorstellbar („Demokraten“), aber 28% können sich einen starken Führer oder unter Umständen eine Diktatur oder ein Einparteiensystem in Ergänzung zur Demokratie vorstellen („fragile Demokraten“), 5% stimmen allen letztgenannten Systemformen zu, lehnen eine Demokratie aber ab („Anti-Demokraten“). Zwar können wir damit keine Aussagen über die Entwicklungen auf dem Gebiet demokratiegefährdender Einstellungen vornehmen, gleichwohl wird auch in Nordrhein-Westfalen ein Anteil der Bevölkerung erkennbar, der antidemokratische Einstellungen aufweist und potentiell den gesellschaftlichen Zusammenhalt beeinträchtigen könnte.

Die **Gründe** für diese Einstellungen sind vielfältig:

- Die Bedeutung und das Ausmaß sowie die Folgen nicht demokratischer Systemelemente in einer Demokratie sind den Befragten **nicht bewusst**.
- Die Bürgerinnen und Bürger sind der politischen Auseinandersetzung überdrüssig und **von der Polykrise überfordert**.
- Sie **fühlen** sich anderen Mitgliedern der Gesellschaft gegenüber **benachteiligt** (relative Deprivation). Sie halten die Gesellschaft für gespalten und sich selbst für die Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung. Anti-Demokraten fühlen sich besonders oft benachteiligt: Sie sind mit ihrem eigenen Leben unzufrieden und suchen die Schuldigen in den Geflüchteten, Wohlhabenden, den politischen Amtsträgerinnen und Amtsträgern. Sie denken, in einer Autokratie bekämen sie das, was ihnen zusteht, als Dank für ihre Treue zum nicht-demokratischen Regime.
- Die Bürgerinnen und Bürger glauben an **Verschwörungsmythen** und halten ihre Erzählungen für wahr. Verschwörungsmythen vereinfachen die komplexe Wirklichkeit und schaffen ein gemeinsames Misstrauen gegenüber politischen Institutionen. Gleichzeitig schaffen sie ein „Wir“-Gefühl und vermitteln subjektive Anerkennung innerhalb der „Wir“-Gruppe.
- Insgesamt spielen **Wahrnehmungen und subjektive Gefühle** eine gewichtige Rolle in den beobachtbaren antidemokratischen Einstellungen, die schwer durch objektive Gegebenheiten begegnet werden kann. Besonders Verschwörungsgläubigkeit ist daher Gift für die Demokratie, bildet eine Brückenideologie zu weiterer Entfremdung durch Rassismus (inklusive Antisemitismus) und Radikalisierung bis zum Extremismus und der damit verbundenen Abwendung von der Demokratie.

3) Auch bei diesen Einstellungen spielt die **formale Bildung** eine wichtige Rolle:

- (Ältere) Menschen mit niedriger formaler Bildung finden sich häufiger unter den Anti-Demokraten. Junge Menschen mit formal hoher Bildung unterstützen hingegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung in wesentlich höherem Maße.
- Innerhalb der Befragten mit Hauptschulabschluss finden sich 55% Demokraten, 36% fragile Demokraten und 10% Antidemokraten, bei einem mittleren Schulabschluss sind dies 59%, 35% und 6% und bei einem höheren Bildungsabschluss (Abitur oder Universität) sind es 79%, 19% und 1%.
- Demokratie sollte kein akademisches Projekt sein, sondern insbesondere Menschen ohne Abitur ansprechen und zur Partizipation animieren.

Empfehlung aus dem Demokratiebericht (S. 79):

„Politische Bildung – zuallererst schulische politische Bildung – trägt maßgeblich zur politischen Sozialisation der nachfolgenden Generationen bei und erreicht viele Menschen, solange sie noch nicht Verschwörungsmaythen glauben. Die Fähigkeiten zum Faktencheck, zur Diskussion und Argumentation, zur Anwendung demokratischer Normen, Werte, Verfahren und Institutionen werden schon im Kindesalter gebildet. Die praxisorientierte politische Bildung ist daher zu intensivieren. Politische Bildungslandschaften können diese Ansätze unterstützen.“

Bezug zur (schulischen) politischen Bildung

1. Junge Menschen zwischen 14 und 18 (25) Jahren in der Demokratie

Das Potenzial, junge Menschen grundsätzlich für die Demokratie zu begeistern, ist hoch: Nahezu alle jungen Menschen zwischen 14 und 18 Jahren sind davon überzeugt, dass die Demokratie als politisches System am besten zu unserer Gesellschaft passt. 94 % der Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren sind mit der Demokratie als politischem System zufrieden. Auch ist die große Mehrheit mit der Demokratie als dem politischen System zufrieden, wie es im Grundgesetz verankert ist, und mit der Demokratie, wie sie tatsächlich ist. Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie fällt dabei wie bei der Gesamtheit der Befragten etwas niedriger aus. Mit Blick auf die Alternativen zur Demokratie zeigt sich, dass die 14- bis 18-Jährigen diesen mit noch mehr Skepsis begegnen als die über 30-Jährigen Befragten. Junge Menschen glauben auch seltener an Verschwörungsmaythen oder teilen populistische Einstellungen.

2. Schulischer Erwerb von Demokratiekompetenz:

Grundsätzlich besteht ein *deutlicher Zusammenhang zwischen formalen Bildungsabschlüssen und dem Interesse an und der Bereitschaft zur Teilhabe an Demokratie, Politik und Gesellschaft*. In Gymnasien findet der Politikunterricht mehr Raum als in den anderen Schulformen. Diese Unterschiede zwischen den Schulformen spiegeln sich in der Folge in den demokratierelevanten Kompetenzen wider.

- Insgesamt geben 80% der 14-25Jährigen an, sie hätten in der Schule viel über Demokratie und wie sie funktioniert gelernt (Wissen), 77% wünschten sich mehr politische

Themen im Unterricht (Praxis). Letzteres wünschten sich v.a. Personen, die kein Abitur anstrebten (81% vs. 76% angehende Abiturienten). Zum Diskutieren fühlten sich im Unterricht 61% animiert, 56% gaben jedoch an, politische und gesellschaftliche Themen seien im Unterricht selten behandelt worden. 79% fühlen sich auf eigene politische Urteilsbildung vorbereitet und 84% glauben, ihre eigene politische Meinung auch vertreten zu können, aber nur 58% sagen, sie hätten gelernt, sich selbständig über Politik zu informieren.

- Mehr als zwei Drittel derjenigen, die das Abitur anstreben oder bereits erreicht haben, fühlen sich knapp zwei Drittel darauf vorbereitet, sich in politische Gespräche oder Aktivitäten einzubringen. Von den jungen Menschen, die einen niedrigeren Abschluss anstreben oder haben, stimmt dem nur etwa die Hälfte zu.

Eine **gute politische Grundbildung** ist von zentraler Bedeutung für die Stabilität der Demokratie, denn sie ist wesentlich für die Ausbildung und Einübung von Fähigkeiten zur Partizipation an Demokratie, Politik und Gesellschaft. Der Wunsch der großen Mehrheit der Schülerinnen und Schüler, in der Schule mehr über Politik zu lernen, unterstützt eine Intensivierung der schulischen politischen Bildung. Da sich die Hälfte der 14- bis 18-Jährigen über soziale Medien, insbesondere Instagram, YouTube und Tiktok zu politischen Themen informiert, gehören dazu Medienkompetenz und Unterstützung bei der Informationsbeschaffung zur Vermittlung der politischen Teilhabemöglichkeiten sowie kommunikativer Handlungsfähigkeit und praxisbezogener Handlungskompetenz.

Die Wahrnehmung politischer Selbstwirksamkeit steht sowohl mit dem Bildungsgrad als auch mit dem politischen Interesse in Zusammenhang. Deutlich wird, dass eine **schwach ausgeprägte (politische) Bildung sichtbare Konsequenzen für die politische Teilhabe von Menschen mit einem mittleren und niedrigen Bildungsabschluss hat**. Ein zentraler Befund des Demokratieberichtes ist, dass v. a. in den nicht weiterführenden Schulen zu wenig politische Bildung im Sinne von kompetenzorientierter Demokratiebildung stattfindet. Der Unterricht trägt kaum zur Entwicklung politischer Selbstwirksamkeit der Schülerinnen und Schüler bei. Vielmehr bedarf es einer demokratischen Bildung auf Augenhöhe und des Verweises auf die Bedeutung politischer Fragen. Diese Bedeutung gilt es für das eigene Leben der Schüler und Schülerinnen erfahrbar zu machen. Damit kann ein eigenes Interesse an diesen Fragen geweckt werden, das für politische Selbstwirksamkeit ebenso förderlich ist (S. 118).

Junge Menschen zwischen 14 und 18 Jahren haben ein breites Interesse an Angeboten politischer Bildung. Bei dem Interesse an Formaten politischer Bildung zeigt sich, dass neuere Formate hoch im Kurs stehen. Podcasts, Filme und Videos sowie digitale interaktive Angebote wie Apps kommen bei der Mehrheit gut an. Dies erfordert nicht nur eine Anpassung in der politischen Bildung, sondern möglicherweise auch in der schulischen und universitären Bildung.

3. Fazit

Eine zeitgerechte Demokratiebildung ist angesichts zunehmender Unsicherheiten und erodierenden Wissens über das, was Demokratie ist, mit Nachdruck empfehlenswert. Die 14- bis 18-Jährigen sind eine zentrale Zielgruppe politischer Bildung. Mit ihrem großen Interesse an Politik, verbunden mit dem Wunsch, sich in die für sie relevanten Themen einzubringen und dadurch etwas bewirken zu können, sind die jungen Menschen zwischen 14 und 18 Jahren eine Chance für unsere Gesellschaft. Sie glauben an die Demokratie, an das, was sie ausmacht und wollen auch an politischer Bildung zu demokratiebezogenen Themen teilnehmen. Sie sind, was die Demokratie braucht: Unterstützerinnen und Unterstützer, die für sie werben und sie auch im Alltag durch Beteiligung leben und erfahrbar machen. Dies auch nach der Volljährigkeit aufrecht zu erhalten bedarf demokratischer Beteiligung und politischer Bildung.

Politische Bildung kann Jugendliche und junge Erwachsene über die Informationswege und Formate erreichen, die sie auch im alltäglichen Leben nutzen. Vor allem sind das heute digitale Formate, die auf Instagram, Youtube und Tiktok funktionieren. Politische Bildung muss ihre Angebote auch in diese digitalen Räume verlegen. Gleichzeitig ist es notwendig, dass digitale Medienkompetenzbildung ein zentrales Bildungsfeld in der politischen Bildung wie schulischen Bildung sein muss. Da sich Kinder und Jugendliche weitgehend online über Politik und Demokratie informieren, ist es wichtig, dass sie dies nicht einseitig tun und Quellen dabei auch kritisch hinterfragen können. Politische Bildung muss Formate entwickeln, die sich an beliebten Inhalten und Formaten orientieren und Medienkompetenz spielerisch Interesse weckend aufbereiten, ohne als belehrende Instanz aufzutreten.

4. Empfehlungen

1) Informieren: Politisches Interesse und Einstellungen zur Demokratie.

Formate aufsuchender politischer Bildung

(z.B. Demokratiewerkstätten, außerschulische Lernorte, Kinder- und Jugendparlamente)

Förderlich sind insbesondere eine zielgruppenorientierte, niedrighschwellige Ansprache zu aktuellen Themen (Jugendliche, Menschen mit Migrationsbiografie, Nichtakademikerinnen und -akademiker) und neue digitale Angebote mit politischen Bezügen (soziale Medien, Podcasts, Videos und Apps)

2) Mobilisieren: Wahlen und Gründe einer Nichtwahl.

Möglichkeiten ehrenamtlicher lokalpolitischer Betätigung

(z.B. Bürgerforen und -räte)

Zielführend sind die Vermittlung von Kenntnissen über das Land und die Landespolitik (Institutionen) sowie Orientierungsangebote im Vorfeld anstehender Wahlen (Wahl-O-Mat).

3) Kooperieren: Vernetzung der Angebote der politischen Bildung

Hierzu sind eine engere Kooperation der außerschulischen Bildung mit den Schulen hinsichtlich politischer Medienkompetenz und Demokratiebildung, eine Zusammenarbeit mit „unpolitischen“ Formaten und Akteuren (z.B. Sportvereinen, öffentlichen Veranstaltungen

wie Stadtfesten oder Festivals) sowie interaktive Angebote für Jugendliche, die diese mitgestalten können (z.B. Podcasts, Diskussionen, Wettbewerbe) förderlich.

4) Die o.g. Empfehlungen beinhalten

- eine Stärkung der politischen Kompetenz und der Beteiligungsfähigkeit,
- eine Stärkung der Medienkompetenz,
- eine Verstärkung der politischen Bildung an allen Schulformen im Rahmen der politischen Sozialisation sowie
- eine praxisorientierte Bildung.